

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1933

19.5.1933 (No. 129)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,50 RM, frei ins Haus, 2,50 RM, bei der Geschäftsstelle abgeholt, 2,30 RM, durch die Post (einschließlich 35 Pfg. Beförderungsgebühr) zuges. 42 Pfg. Beleggeld. Einzelnummer 10 Pfg., Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Am Ende jedes Monats besteht kein Anspruch auf Befreiung der Stellung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei / 71. Jahrgang

Ercheint 7mal wöchentlich als Morgenzeitung
Verlagen: Kunst und Wissen, Die Frau von heute, Unterhaltungsbelle (Blätter für den Familienkreis), Die Welle, Aus der katholischen Welt, Sportbelle, Jugend und Volk, hinaus in die Welt, Illustrierte Zeitungsbeilage, Die Bildschau, / Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Karlsruhe, Steinstr. 17-21, Fernsprecher: Geschäftsstelle 4235, Redaktion 4236, Verlag 4237. Teleadresse: Beobachter. Postfachkonto Karlsruhe 4814. Für unerlangte Manuskripte ohne Rückporto und genaue Adressangabe auf dem Manuskript wird keinerlei Gewähr übernommen.

Anzeigenpreis: Die 10gehaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenzeit 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die Spalte 87 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Eintreibung oder Kontoführung kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigenannahme 6 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 129

Freitag, den 19. Mai

1933

Nach der Rede des Kanzlers

Der Eindruck in Berlin

Die Berliner Großpresse ist sich erfreulicherweise einig in der Beurteilung der gestrigen Kanzlerrede. Mit Recht wird das Ausland daraus den Schluss ziehen, daß das deutsche Volk dann unerbittlich einig ist, wenn es gilt, seine Lebensrechte vor aller Welt zu proklamieren.

Trotz dieser nationalen Geschlossenheit bleibt für den aufmerksamen Leser ein gewisser Reiz, wenn man all diese Presseäußerungen pflichtmäßig durchgeht. Die Einheitlichkeit der Kommentare läßt stellenweise jede konstruktive geistige Mitarbeit der Redaktionen vermessen, die heute doppelt notwendig wäre. Nachdem in der vergangenen Periode die demokratische Freiheit teilweise in häßlichem Nörgeln und Wischmähen mißbraucht wurde, üben heute 99 Prozent der politischen Redaktionen glatte Selbstenttäufung in dem jedem deutschen Manne angeborenen Recht auf Witzreden und Witaten. Dabei haben die verantwortlichen Staatsmänner wiederholt die Presse um ihre schöpferische Mitarbeit gebeten. So kann es wirklich nicht mehr weitergehen, daß man von Königsberg bis Konstanz nur mehr ein und denselben Leitartikel liest. Es gibt eine klare Grenze zwischen Vorfahrt und Feigheit. Mäße sich die deutsche Presse wenigstens jetzt ein Beispiel nehmen an den wenigen Zeitungen, für die das obige harte Urteil nicht zutrifft.

Die „Germania“ unterstreicht, daß diese Rede, wenn das Ausland sie ohne böswillige Zufüge und Streichungen und ohne Unvoreingenommenheit auf sich wirken lasse, ein reinigendes Gewitter bedeuten könne, um die bössartigen Nebel zu zerstreuen, die dem deutschen Volke nach allen Seiten die Sicht in die Welt verperren.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, nach dieser Rede wird es schwer sein, Deutschland weiter zu verleumden; werde es schwer sein, Deutschland in seinem stärksten und innersten Wollen weiter noch mißzuverstehen.

Der „Völkische Beobachter“ spricht von der „weltpolitischen Rede des Führers“. Wenn das Ausland diese Ausführungen des Kanzlers nur mit etwas Sachlichkeit lesen werde, so müsse es nach und nach ein anderes Bild von den Tiefschichten der deutschen Volkserhebung erhalten. Das Bekenntnis Adolf Hitlers zu der Methode des amerikanischen Präsidenten, die Abriistung sich als Ziel zu setzen, mache den Appell Roosevelts in dieser Hinsicht doppelt bedeutsam und werde eine Scheidung der Geister beschleunigen helfen. Deutschland habe gesprochen. Ernst, friedfertig und würdig. Auch die Sozialdemokratie habe sich eingefügt in dieses Wollen. Das deutsche Volk stehe in seiner Gesamtheit geschlossen hinter seinem Führer. Jetzt sei es an der übrigen Welt, das Wort und die Tat des Friedens zu finden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, die Friedensliebe Hitlers ist nicht die pathetische Deklamation eines Ohnmächtigen, sondern die gezielte Selbstbeherrschung eines verantwortlichen Regierungschefs, der die Lage Europas vom Standpunkt einer bestimmten Weltanschauung aus betrachtet. Auch die andere Gefahr, die Gefahr in Drohungen zu verfallen, hat der Kanzler mit außerordentlichem Geschick vermieden. Der Kanzler hat nicht nur die Klagen und Verdröhnungen der Gegenseite mit schlagendem Material zurückgewiesen, sondern er hat es auch grundsätzlich, in scharf geschliffenen Sätzen, weit vor sich geworfen, daß Deutschland diejenige Macht sein könne, die die Verantwortung für gewaltsame Lösungen auf sich nehmen würde.

Die „Kreuzzeitung“ betont, daß die Rede bei aller gebotenen Gehässigkeit so eindeutige Beweise des guten Willens und der Friedensbereitschaft Deutschlands enthalte, daß sie einfach nicht mißverstanden werden können.

Der „Tag“ sagt, wir wollen glauben, daß es mehr als eine Form war, wenn auch die Sozialdemokratie aufstanden und nicht wenige von ihnen die Vaterlandshymne mitsingen. Die Welt mag gerade daraus erkennen, daß sie sich irrt, wenn sie heute noch auf die deutsche Zwittertracht hofft, die ihr so oft geholfen. Die erwachte Nation hat den uralten Fluch überwunden, noch einmal bietet sie den Völkern der Welt, selbstlos allen Völkern, die Hand zu gemeinsamem Werk am friedlichen Wiederaufbau der leidenden Menschenerde. Wer wagt es, sie zurückzuweisen.

Die „Voss-Zeitung“ bezeichnet die Rede als „Realpolitik“. Sie zeige ein ebenso hohes Maß von Entgegenkommen wie von Festigkeit. Wenn die Welt mit Spannung auf diese Rede wartete, so wartet Deutschland nun mit Spannung auf die Antwort der Welt. Die Rede sei ein viel zu eindrucksvoller Ausdruck für die realistische deutsche Politik, die er zu treiben gedente, als daß man annehmen könnte, er lege es in seine Rechnung als einen bedeutungsvollen Faktor an, ob Deutschland in der Welt Sympathien genieße oder nicht.

Die Pariser Presse

versucht in Ermangelung eines Angriffspunktes hier und da die Ausführungen des Kanzlers als „leere Phrasen“ hinzustellen und sich mit der Erklärung aus der Affäre zu ziehen, daß man Deutschland nur nach seinen Handlungen beurteilen könne.

Diese Laktik verfolgt das „Echo de Paris“. Das Blatt sagt u. a., wenn Hitler sich den Ausführungen Roosevelts angeschlossen habe, so müsse man feststellen, daß Roosevelt sich gegen die Anerkennung der Rüstungsgleichheit ausgesprochen habe. In der fünfjährigen Uebergangszeit werde man Deutschland diese Gleichberechtigung demnach nicht zuerkennen. Während dieser Zeit werde man die wahre Gesinnung des Reichs studieren, um dann die Möglichkeit zu prüfen, wieweit man eine qualitative und quantitative Ab-

rüstung des französischen Heeres ohne Gefahr für den Frieden durchzuführen könne.

Das „Journal“ sieht in der Rede des Reichskanzlers eine machtvolle Anklage gegen den Versailler Vertrag. Dieser Vertrag, so betont das Blatt, sei auch von den Amerikanern abgelehnt worden, was man gerade jetzt unterstreichen müsse. Man habe dem Reichskanzler im übrigen nie seinen persönlichen Wert abgeprochen.

Der „Petit Parisien“ stellt fest, daß Hitler den „Kriegerischen Ausführungen seines Ministers Papen“ nicht gefolgt sei. Er habe jedoch mit einer gewissen Aufdringlichkeit die Gleichberechtigungsforderung aufrecht erhalten. Seine ganze Rede zielt auf die Revision des Versailler Vertrags ab.

Das „Petit Journal“ sagt, daß man französischerseits voller Freude sein würde, wenn die Handlungen Deutschlands den Ausführungen des Reichskanzlers entsprächen. Warum schließe sich Hitler nicht der französischen Auffassung über Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abriistung an, wenn er, wie er behauptet, von ganzem Herzen den Frieden wünsche? Hitler habe jedenfalls einen ausgezeichneten Standpunkt gewählt. Es dürfe niemanden überraschen, wenn man sich in den Vereinigten Staaten zufrieden erkläre.

Die der Regierung nahestehende „Crenouelle“ stellt die Behauptung auf, der Reichskanzler habe wieder einmal den Willen Deutschlands kundgegeben, sich den Pflichten der Verträge zu entziehen und alle übernommenen Verpflichtungen zurückzuweisen. Der Ton seiner Ausführungen erinnere lebhaft an die frommen Reden des „blutigen Kaisers“.

Für den sozialistischen „Populaire“ besteht die erste Pflicht der französischen Regierung darin, Hitler in seiner „eigenen Falle zu fangen“. Ob er ehrlich sei oder nicht, spiele im Augenblick keine Rolle. Frankreich wünsche den Frieden durch eine allgemeine Abriistung und die Sicherheit durch eine gegenseitige Kontrolle und internationale Zusammenarbeit. Diese Grundzüge müßten in Genf in die Tat umgesetzt werden und man werde sehen, ob das neue Deutschland seine Unterschrift dafür gebe oder nicht.

London

erkennt die Bedeutung der deutschen Regierungserklärung für die Erhaltung des Friedens in Europa an und beurteilt die Aussichten der Abriistungsverhandlungen in Genf wieder etwas optimistischer. Die Blätter rufen zum Teil nach praktischen Beweisen für die Ankündigungen Hitlers. Das werde sich im weiteren Verlauf der Abriistungsverhandlungen herausstellen.

Die „Times“ hebt hervor, daß man zum ersten Male eine Vorstellung von Hitler in seiner Eigenschaft als Staatsmann erhalten habe. Die Billigung der Regierungserklärung durch alle Parteien sei nicht etwa der Ausdruck einer Unterwerfung unter das Hitler-Regime gewesen, vielmehr habe Hitler tatsächlich im Namen eines geeinten Deutschlands gesprochen. Der Anspruch Hitlers nach Gleichberechtigung sei unüberleglich. Man könne natürlich nicht erwarten, daß die Nachbarländer Deutschland gegenüber ihre Rüstungsüberlegenheit sofort aufgeben, und Hitler habe das auch anerkannt. Der Prozeß der Gleichmachung müsse schrittweise vor sich gehen. Die „Times“ fährt dann fort, daß die deutsche Regierung zumindeten bereit zu sein scheine, in einer

vernünftigeren Art als bisher über die Abschaffung der langdienenden Reichsmehr zu verhandeln. Da die Genfer Konferenz wegen dieses Punktes in Schwierigkeiten geraten sei, bestehe jetzt Hoffnung auf eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Verhandlungen. Alles in allem genommen, folte die Rede des Kanzlers in Genf eine ruhigere Atmosphäre schaffen.

Der konserverbative „Daily Telegraph“ schreibt, stärkere Beweise für den Friedenswillen des Kanzlers habe man nicht erwarten können. Allerdings werde eine einzige Rede das Mißtrauen gegenüber Deutschland noch nicht beseitigen können. Unzweifelhaft sei aber die Lage jetzt weniger gespannt.

Die „Morning Post“ meint, daß die gemeinsame Front England—Amerika einen wohlthuenden Einfluß ausgeübt habe.

Die Rede Hitlers wirkt nach Ansicht der „Daily Mail“ durchaus verständig. Da aber die Zurückhaltung der anderen Nationen in der Abriistungsfage nicht durch mündliche Vereinbarungen allein beseitigt werden könne, müsse den Worten auch eine weise und vorsichtige Politik folgen.

Die „Daily Express“ ist der Auffassung, daß die Rede Hitlers bei den ausländischen Hörern beruhigender gewirkt habe als alle seine früheren Äußerungen. Das Blatt befürchtet, daß Frankreich auf seine Art mit Enthüllungen über deutsche Rüstungen antworten werde.

Bemerkenswert ist der Umschwung in der englischen Linkspresse, die sich bisher nicht genug tun konnte in Angriffen gegen den Nationalsozialismus. Die linksstehende „News Chronicle“ erklärt, daß der Geist der Rede auch nicht den geringsten Anlaß zum Tadel gebe. Die meisten englischen Liberalen stimmen mit der Kritik Hitlers am Versailler Vertrag überein.

Die Warschauer Presse

nimmt eine Stellung ein, wobei eine gewisse Steifheit in der Beurteilung charakteristisch ist.

So meint die offiziöse „Gazeta Polska“, daß die Worte Hitlers über die Einstellung des zeitgenössischen Deutschlands zu den anderen Völkern nicht in Einklang gebracht werden könnten mit der hervorragenden Rolle Rosensbergs, dessen in zahlreichen Büchern, Broschüren und Artikeln niedergelegten Gedanken etwas ganz anderes sagten. Zum Schluß zeigt sich dann das Blatt merkwürdigerweise noch darüber erstaunt, daß der Reichskanzler von den letzten vierzehn Jahren als von einer Zeit spreche, in der die im Weltkrieg besiegten Staaten das Objekt ständiger Drohungen und Ueberfälle gewesen wären.

Der Krakauer „Kurier“ schreibt, eine Neuheit wäre im Munde Hitlers die Behauptung gewesen, daß seine Regierung alle lebendigen Kräfte der anderen Nationen respektiere. Die Erklärung Hitlers, wonach jeder Krieg, sogar ein siegreich geführter, für Deutschland — daß der Kanzler dies nicht nur für Deutschland sagte, verweigert das Blatt — einer Niederlage gleichkomme, und daß kein Sieg imstande wäre, die materiellen und moralischen Verluste der Nation wettzumachen, werden von der öffentlichen polnischen Meinung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Bild in den Reichstag während der Rede des Reichskanzlers.



Hindenburg antwortet Roosevelt

Berlin, 18. Mai.

Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Herr Reichspräsident heute das folgende Telegramm an Herrn Präsidenten Roosevelt gerichtet:

„Mit aufrichtigem Danke bestätige ich den Empfang Ihrer mir telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Kundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starken Widerhall gefunden. Die Erklärungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit einmütiger Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beweisen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart uneigennützig mitzuarbeiten.“

Lebrun an Roosevelt

Paris, 18. Mai.

Der französische Staatspräsident hat in Beantwortung der Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten nachstehendes Telegramm an Roosevelt gefandt:

„Ich habe die Botschaft erhalten, die Sie mir in Ihrer Eigenschaft als amerikanischer Staatspräsident übermittelt haben und danke Ihnen für diese Mitteilungen. Ich möchte keinesfalls verkümmern, die hohen Gefühle und Ihre aufrichtige Liebe zum Frieden ebenso wie Ihren ehelichen Wunsch zu einer wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Völker zu begrüßen, die Ihnen diese Botschaft diktiert haben. Die französische Regierung wird in demselben Geist und in voller Übereinstimmung mit dem Ziele davon Kenntnis nehmen.“

gehörender Beamtenanwärter in seiner Laufbahn nicht behindert werden. Diese klaren Feststellungen kann man nur mit Genugtuung begrüßen.

Effer aus der Haft entlassen

Hr. Thomas Effer, der sich seit einigen Wochen in Schutzhaft befand, ist jetzt nach einer polizeilichen Vernehmung aus der Haft entlassen worden: Infolge der gesundheitlichen Schäden, die er in der Schutzhaft erlitten hat, muß er einen längeren Genesungsurlaub antreten; ein entsprechender Antrag ist beim Reichspräsidenten Göring eingereicht.

Hausgehilfinnen und Invalidenversicherung

Berlin, 18. Mai.

Nachdem die Hausgehilfinnen von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden sind, hat der Reichsarbeitsminister seine Zusage, auch in der Invalidenversicherung die Beiträge für die Hausgehilfinnen zu senken, durch die Verordnung vom 16. Mai eingelöst. Hiernach sind die Beiträge für Hausgehilfinnen allgemein nach Lohnklasse II und, wenn der Barwert 50 RM. monatlich übersteigt, nach Lohnklasse III zu entrichten. Da die Beiträge bisher meist nach Lohnklasse IV zu entrichten waren, tritt in der Mehrzahl der Fälle eine Ermäßigung um zwei Lohnklassen, also um 60 Reichspfennig wöchentlich, ein. Durch die Befreiung von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung und durch die Senkung der Beiträge für Invalidenversicherung wird eine Gesamtentlastung erreicht, die sich durchschnittlich auf etwa 100 RM. jährlich beläuft und die den Hausfrauen den Entschluß zur Einstellung von Hausgehilfinnen erleichtern wird.

Die Neuorganisation des Handwerks

Berlin, 18. Mai.

Der am 8. Mai 1933 neugewählte Vorstand des Reichsverbandes des deutschen Handwerks trat am 17. Mai zur ersten ordentlichen Vorstandssitzung zusammen, um über schwebende wirtschaftliche und organisatorische Fragen eine einheitliche Linie für die gesamte Berufsständepolitik herbeizuführen. Im Interesse der Veruhigung und Aufklärung aller Kreise des Handwerks und seiner Organisationen stellt der Vorstand des Reichsverbandes im ersten Einberufungsbuch die Regelung der Berufsständereorganisation des Handwerks und seiner Organisationen alle in der Gegenwart bestehenden Organisationen einschließlich der Waren- und gewerblichen Genossenschaften erhalten bleiben müssen. Von maßgeblicher Seite verbreitete Meldungen, daß bereits gegenwärtig örtliche oder bezirkliche Umänderungen in den Handwerkerorganisationen vorgenommen werden müßten, entbehren jeder amtlichen Grundlage. Die Grundzüge der Neuorganisation und alle diesbezüglichen Mitteilungen werden nur vom Präsidium des Reichsverbandes bekanntgegeben. Die Auflösung von Innungen und übergeordneter Verbände darf auf keinen Fall vollzogen werden.

4 1/2 Jahre Gefängnis für Seiffert

Berlin, 18. Mai.

Wegen handelsrechtlicher Untreue und Konkursvergehens wurde am Donnerstag die vierte Strafkammer beim Landgericht I den früheren Direktor der Berliner Bank für Haus- und Grundbesitz, Willi Seiffert, zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und 100 000 RM. Geldstrafe. Außerdem werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß er nicht Förderer, sondern ein Schädiger der Wirtschaft gewesen sei, der 86 000 RM. Spar- und Guthaben veruntreut habe. Deshalb seien ihm mildernde Umstände zu verweigern. Eigentlich hätte der Angeklagte ins Zuchthaus gehört; aber das Gericht hätte sich an die Bestimmungen des Gesetzes halten müssen. Der Angeklagte werde aber nicht dem Zuchthaus entgegen, da die in Bezug gegen ihn verhängte Zuchthausstrafe mit der jetzt erfolgten zu einer Gesamtschicksalsstrafe vereinigt werden müßte.

Zusammenschluß der lutherischen Landeskirchen

Berlin, 18. Mai.

Die sämtlichen evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands haben sich, wie der Evangelische Pressedienst erfährt, zusammengeschlossen. Der Zusammenschluß ist auf der Grundlage des folgenden Statuts vollzogen worden:

§ 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der bestehenden lutherischen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Zuständigkeit der einzelnen Kirchen im übrigen.

§ 2. Zur Wahrnehmung der in § 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirche, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bestellen.

§ 3. Im Rahmen der Zwecke des § 1 ist das Direktorium zuständig, 1. zur Vertretung der Landeskirchen, 2. zur Aufstellung allgemeiner Grundzüge für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

In das Direktorium wurden gewählt die Vertreter der bayerischen, der württembergischen, der thüringischen, der sächsischen, der hannoverschen und der schleswig-holsteinischen Kirche. Zum Vorsitzenden wurde Landesbischof D. Meißner in München bestellt.

Gleichschaltung des Tannenbergbundes?

Berlin, 18. Mai.

Die Führung des Tannenbergbundes ist, wie man hört, bestrebt, mit ihrer Hart gegen den Nationalsozialismus eingestellten inneren Politik Schluß zu machen und mit der NSDAP Frieden zu schließen. Wie die „Wandellhalle“ aus nationalsozialistischen Kreisen erfährt, werde diesen Bestrebungen angesichts der schweren Angriffe in Wort und Schrift, die für die Tendenz des Tannenbergbundes und seiner Führer kennzeichnend waren, ein Erfolg verjagt bleiben, zumal vornehmlich auf religiösem Gebiet unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Nationalsozialisten und dem Tannenbergbund bestünden.

Am die Münster'sche Bischofsnachfolge

Dr. Sch. Berlin, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ein Nachrichtenbüro hat am Mittwoch die Meldung verbreitet, zum Nachfolger des verstorbenen Bischofs von Münster, Dr. Boggenburg, sei der Berliner Domkapitular Dr. Heuser ernannt worden. Diese Meldung trifft wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht zu. Domkapitular Heuser hat bereits Einspruch gegen die Verbreitung derartiger Meldungen eingelegt.

Die Angestelltenräte

Berlin, 18. Mai. (Eigene Meldung.)

Der vom Reichskanzler und Schirmherr der Deutschen Arbeitsfront Adolf Hitler ernannte Führer der Angestelltenräte innerhalb der Deutschen Arbeitsfront, Gouletier Albert Forster-Danzig, hatte für heute vormittag die Vertreter aller deutschen Angestelltenverbände nach Berlin zusammenberufen. Forster schilderte den bisherigen Zustand in der Arbeitnehmerbewegung unter politischen Gesichtswinkeln und gab sodann in großen Zügen einen Überblick über das Ziel des gewerkschaftlichen Neubaus und die organisatorische Durchführung. Die gesamte Angestelltenenschaft Deutschlands werde in der nationalsozialistischen Angestelltenenschaft zusammengefaßt. Anstelle der bisherigen mehr als 100 Angestelltenverbände träten neun Berufsverbände, von denen einer alle weiblichen Angestellten ohne Ausnahme umfasse, im übrigen finde aber eine Gliederung nach Berufsgruppen statt. Jüdische Angestellte könnten den Verbänden nicht beitreten. Anstelle des demokratisch-parlamentarischen Organisationsprinzips im inneren Aufbau trete das nationalsozialistische Führerprinzip. Zum Schluß wurden die von Forster ernannten kommissarischen Verbandsführer bekanntgegeben.

Der Zentrumsbeamte

Dr. Sch. Berlin, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der preußische Landtag hat heute mit verfassungsändernder Mehrheit ein Ermächtigungsgesetz beschlossen, das der preußischen Regierung weitgehende Vollmachten gibt. Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes hielt der preußische Ministerpräsident Göring eine bemerkenswerte Rede über die politischen Absichten und Aufgaben der von ihm geführten Regierung. Diese Rede ist zum Teil auch über Preußen hinaus von Bedeutung. Es verdienen Beachtung vor allem die Mitteilungen des preußischen Ministerpräsidenten über die Zugehörigkeit von Beamten zu einer anderen als der nationalsozialistischen Partei, und zwar deshalb, weil diese Erklärungen ohne Zweifel auch die Meinung und den Willen der Regierung wiedergeben. Ministerpräsident Göring wandte sich an das Zentrum, das in der letzten Zeit wiederholt Beschwerden vorgebracht hatte und erklärte, er möchte dem Zentrum gegenüber klarstellen, daß ein dem Zentrum angehörender Beamter nichts für seine Existenz zu befürchten habe allein deshalb, weil er dem Zentrum angehöre. Ebenso wird ein dem Zentrum an-

Der Kongreß katholischer Ärzte und Naturwissenschaftler

Der vom katholischen Akademikerverband unter der Leitung von Universitätsprofessor Hofrat Dr. med. Hans v. Haberer am 18. und 14. Mai in der Industrie- und Handelskammer in Köln veranstaltete erste Kongreß katholischer Ärzte und Naturwissenschaftler hat allen, die daran teilgenommen haben, ein bedeutendes Erlebnis in wissenschaftlicher Hinsicht vermittelt. Der glänzende Besuch der Vorträge bewies, welche große Interesse in katholischen intellektuellen Kreisen für die den menschlichen Geist bei der Neuwertung aller irdischen Dinge anregende Umwälzung und Weiterentwicklung der Volk, Rasse und physisch-psychologische Belange der einzelnen Persönlichkeit vorhanden ist.

Der katholische Akademikerverband hatte für die einzelnen Vorträge hervorragende katholische Gelehrte und Ärzte nach Köln geholt, die zu vielen wichtigen Problemen der Gegenwart Stellung nahmen.

Am Samstag sprach Universitätsprofessor Dr. Hans André aus Braunsberg über: „Die Wende im biologischen Denken der Gegenwart“ und Dr. Armin Müller, Facharzt für Nervenerkrankungen aus Weimar, über: „Die Wende im naturwissenschaftlichen und medizinischen Denken der Gegenwart“.

Dem Vortrag Dr. Armin Müllers lagen tiefereforzierte Gedanken über das hierarchische Prinzip im Nervensystem zugrunde. Er führte aus, daß in unseren Vorstellungen vom Lebensgeschehen im Nervensystem seit langem gewissen symbolhaften Begriffen wie Zentrum und Peripherie, Integration, Regulation, Rangordnung oder Hierarchie eine so umfassende Rolle spielen, daß sie aus der gegenwärtigen Physiologie überhaupt nicht mehr hinweggedacht werden könnten. Der englische Gelehrte S. Radon habe in seiner Lehre vom Aufbau und Abbau der nervösen Funktionen das grundlegende Prinzip der Hierarchie, der den ganzen Organismus vereinheitlichenden höchsten Zentren, der Kontrolle oder Hemmung der niederen durch die höheren Zentren entwickelt. Radon hat in einer Zeit, da das Ideal einer mechanistischen Erklärung der Lebensvorgänge noch maßgeblich das Denken beherrschte, diese Lehre in Gleichnissen veranschaulicht, die den Funktionen zusammenhängen gerade ab höchster Lebensstufe, dem sozialen Leben des Menschen, entlehnt sind: „Die höheren nervösen Anordnungen, die sich aus den niedrigeren entwickelt haben, haben diese niedrigeren nieder, genau so wie eine Regierung, die sich aus einem Volke entwickelt hat, dieses Volk sowohl kontrolliert als auch leitet. Ist dieses der Aufbauprozess, dann ist der umgekehrte Prozeß des Abbaues nicht nur ein Wegnehmen des Höheren, son-

dern gleichzeitig ein Überlassen des Niedrigeren. Würde der Regierungskörper des Landes plötzlich aufgelöst werden, hätten wir zwei Ursachen zur Folge: erstens den Verlust der Dienste hervorbringender Männer und zweitens die Anarchie des jetzt unkontrollierten Volkes!“ Seine ungemein interessanten Darlegungen gipfelten in der Betonung der Zweckmäßigkeit aller Rangordnung in den Dingen des Seins.

In dem Sonntagprogramm folgten Vorträge von Universitätsprofessor Dr. Alois Dempf (Philosoph) aus Bonn über: „Das Verhältnis von Philosophie und Medizin“; von Stabsarzt Dr. med. Karl Gerum aus Frankfurt am Main über: „Die Zweckmäßigkeit der Erbgesetze als Grundlage einer naturgemäßen Gesundheitspflege“; von Privatdozent D. Dr. Werner Schöllgen aus Bonn: „Der Arzt vor der Tragik des Lebens“.

Professor Dempf setzte drei Menschheitsbilder in den Vordergrund seiner philosophischen Betrachtungen: 1. Der Mensch als Maschine, 2. der Mensch als Gattungsexemplar, 3. der Mensch als Gottesgedanke. Der Vortrag Dr. Gerums über die Erbgesetze paßte mit seinen Überlegungen in den Rahmen des heutigen großen völkischen Gedankens. Dieses gerade jetzt so ungeheurer aktuelle Thema, das als Problem gelöst und als staatliches Gesetz seine Verankerung gefunden hat, interessierte selbstverständlich die Teilnehmer des Kongresses in ganz besonderem Maße, denn für die meisten war es sicher das erstmal, daß sie aus besonders berufsnaher Runde die Einstellung der katholischen Wissenschaft zu diesen Dingen kennenlernten. Dr. Gerum betonte die Zweckmäßigkeit der Erbgesetze im absoluten Sinne, weil sie die Grundlage zu einer naturgemäßen Gesundheitspflege seien. In seinen weiteren Ausführungen wies er auf die grauenhaften Wirkungen der blutsmäßigen Vererbung von Krankheiten hin. Der Gedanke einer Kontrolle für eheliche Bindungen wird von ihm verfochten, und er beweist an Hand von Tatsachen und Beispielen, daß die Gesunderhaltung der Rasse, also ein Verhüten des völkischen Verfalls, diese Kontrolle erforderlich mache.

Der letzte Vortrag D. Dr. Werner Schöllgens: „Der Arzt vor der Tragik des Lebens“ wirkte mit seiner feilschen Tiefe erschütternd auf alle Hörer und hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Arzt und Kranke, das ist ein Begriff, der hineinleuchtet in alles Leid und alle Weiden dieser Welt. D. Dr. Schöllgen, der als Geistlicher in einem großen Krankenhaus tätig ist, schöpfte seine zu Herzen gehenden Worte aus dem Born jahreshinterlang

Erfahrungen und Einbrüche und betonte die Verbundenheit zwischen Arzt und Seelsofeger, die den feilsch und körperlich erkrankten Menschen dienend und aufrichtend zur Seite stehen müßten.

Der eindrucksvolle Verlauf des ersten Kongresses und das starke Interesse für die Vorträge veranlaßte den Vorstand zu einer Erklärung, daß der katholische Akademikerverband in Zukunft öfter seine Mitglieder bei solchen Veranstaltungen zusammenzuführen wolle. Dieser Plan fand starken Beifall bei allen Anwesenden. Der Beschluß, bei weiteren Vorträgen Diskussionen zuzulassen, wurde freudig begrüßt.

Die Teilnehmer fanden sich an den beiden Tagen öfter zu geistlichem Beisammensein im Kölner Hof ein. Die Tatsache, daß wir Katholiken viele schöpferische Kräfte von außerordentlich hohem geistigem Rang in unseren Reihen wissen, kann uns mit Stolz erfüllen.

Eine Ausstellung religiöser Gegenwartskunst aus Oesterreich

Erneuerung des gesamten deutschen Volkstums aus lebendigem katholischen Geist — das ist der große Grundgedanke des Allgemeinen deutschen Katholikentages, zu dem Kardinal Innitzer aufgerufen hat. Dieses gewaltige Programm bedeutet auch einen Ruf an das heutige Künstlergeschlecht zu weitemoffener Mitarbeit. Darum hat der Katholikentagsauschuß für Kunst und Literatur beschlossen, im Rahmen der großen Tagung eine Ausstellung österreichischer Kunstschaffens zu veranstalten, deren Thema lautet: „Das Crebo der Gegenwartskunst“.

Das bedeutet, daß alle zur Ausstellung gelangenden Werke die Darstellung einer jener großen religiösen Wirklichkeiten geben, wie sie in den Sätzen des katholischen Glaubensbekenntnisses zusammengefaßt sind. Das bedeutet weiter, daß alle hier vertretenen Künstler ihren Willen manifestieren sich mit aller schöpferischen Kraft in den Dienst der Kirche, des Reiches Gottes auf Erden zu stellen.

Es werden daher aus dem Gebiete der Malerei, Graphik, Plastik und Architektur nur Werke ausgestellt werden, die einwandfrei kirchlichen, sakralen Charakter aufweisen und allen Anforderungen des Kultes entsprechen. Die deutsche Geschäftsstelle des Katholikentages befindet sich in Würzburg, Sternstraße 5.

Ein katholischer Künstler des deutschsprachigen Raumes, Schriftsteller Johannes Neuhöfer ist nach sechsmonatiger Abwesenheit von seiner zweiten Weltreise zurückgekehrt. Er hat in den Vereinigten Staaten 67 Vorträge gehalten, in Kanada 12, in Chile 6, in Argentinien 6, in Brasilien 9, in Italien 2. Die Rückreise erfolgte über die Südpole und das Südpolgebiet. Seine Berichte werden im „Bild in die Welt“ veröffentlicht.

Um die berufsständische Ordnung

Man ist sich im wesentlichen klar darüber, daß die im Interessen- und Bürokratismus vergriffene deutsche Wirtschaft einen gründlichen Umbau erfahren müsse. Das erkannt Ziel wird mit dem Ausdruck der berufsständischen Ordnung fixiert, ohne daß allerdings ein feststehender Plan zu ihrer praktischen Durchführung vorläge. Nun ist in der letzten Zeit manches geschehen, was in der Endentwicklung darauf hinführt, alles, auch die großen Gleichschaltungsaktionen, durch die die Interessentengruppen einem einheitlichen Willen untergeordnet wurden, können und sollen nichts anderes sein, als die Vorarbeit zum endgültigen organischen Aufbau.

Bis jetzt besteht der Reichsstand der Bauern unter der Führung des Nationalsozialisten Walter Darré, der Reichsstand des Handels und des Handwerks unter der Leitung des Nationalsozialisten Dr. Adrian von Renteln, der Reichsstand der Arbeiter unter Führung von Dr. Robert Ley, dazu kommt noch der in Bildung begriffene Reichsstand der Industrie; aber alle miteinander stellen nur das Fundament dar, auf dem die berufsständische Ordnung erst erwachsen soll.

Im „Badischen Bauer“, der Wochenschrift des Badischen Bauernvereins vom 10. Mai wird der Gedanke der berufsständischen Neuordnung für den Bauernstand in sehr bemerkenswerten Darlegungen untersucht und unter Ablehnung einer staatlichen Ueberbürokratisierung folgende Kennzeichen des echt berufsständischen Aufbaues herausgestellt:

1. Der Staat als übergeordneter politischer Stand überläßt den Ständen der Wirtschaft alle die Wirtschaft betreffenden Fragen zur Lösung unter eigener Verantwortung. Er greift nur dort ein, und macht damit von seinem Ueberwachungsrecht Gebrauch, wo die widerstreitenden Interessen zweier Stände durch diese seiner Endlösung, die im Interesse des Ganzen liegt, ausgeführt werden können.

2. Die Träger der Verantwortung für ihren Bereich sind die straff organisierten Stände. Innerhalb der Stände werden die Aufgaben nach dem Grundsatz der bestimmten Zuständigkeit der Unterorganisationen verteilt. Was eine untergeordnete Stelle fachverständig selbst erledigen kann, bleibt ihr zu eigener Verantwortung überlassen. Zentralisiert werden nur die eigentlichen hierfür notwendig in Frage kommenden Aufgaben.

3. Die Bestellung der Führer erfolgt durch die Stände bzw. deren Unterorganisationen selbst. Die Betätigung und eventuell Abberufung nachgeordneter Führer kann dem jeweils übergeordneten Ständesorgan überlassen bleiben. Eingriffe des Staates dürften auch in Personalfragen nur im obersten Staatsorgan und im besonderen Falle erfolgen. Sachverständigkeit und Persönlichkeit sind ausschlaggebend.

4. Die Finanzierung erfolgt auf dem Wege der Umlageerhebung bei den Mitgliedern, deren Zugehörigkeit zum Stande verpflichtend ist.

5. Bereits bestehende berufsständische Gebilde sind möglichst unverändert in den Stand einzubauen.

Damit sind wesentliche Merkmale für den ständischen Aufbau skizziert. Der organisatorische Aufbau von unten, der beim Reichswirtschaftsrat des alten Systems nie durchgeführt wurde, soll sich nach den Vorschlägen des Bauernvereins für den Bauernstand in folgender Form vollziehen:

Die Vielgestaltigkeit der Landwirtschaft hat eine Teilung der Arbeitsgebiete zur Folge gehabt, die im Interesse der Ueberblicklichkeit und der Gründlichkeit der Arbeit zweckmäßigerweise beibehalten wird. Die Aufteilung in die Arbeit war fast in ganz Deutschland nach den folgenden Grundzügen erfolgt:

Arbeitsgebiet I: Ständes- und Wirtschaftspolitik.

Dazu gehören: geistige und körperliche Sebung des Bauernstandes; Bauernschulung; Förderung des bäuerlich-berufsständischen Denkens; Erhaltung alter Bauernkultur; wirtschaftspolitische Ständesvertretung; Steuer- und Versicherungswesen; Siedlungswesen; Betriebswirtschaft; Buchführung; Rentabilitätsverhältnisse; Rechtschutz.

Bisherige Organisationen zu Arbeitsgebiet I:

Bauernvereine, Landbünde, NS. — Bauernschaften.

Arbeitsgebiet II: Förderung der Landwirtschaftstechnik.

Hierzu gehören: Acker- und Pflanzenbau, Tierzucht und Tierhaltung, Gartenbau und Waldbau mit all ihren Nebenzweigen.

Bisherige Organisationen zu Arbeitsgebiet II:

Landwirtschaftskammern und landwirtschaftliche Vereine.

Arbeitsgebiet III: Genossenschaftswesen.

Dazu gehören der Ankauf der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf genossenschaftlicher Grundlage sowie die Befriedigung des Landwirtschaftskredits.

Bisherige Organisationen zu Arbeitsgebiet III:

Die Genossenschaften und ihre Verbände im Reich und in den Ländern.

Baden

Zentrumsparlei Lörrach

Die am 12. Mai im Saale der Brauerei Kasser stattgefundene ordentliche Generalversammlung der Zentrumsparlei der Stadt Lörrach hat den erschienenen Mitgliedern einen umfassenden Rückblick auf ein schicksalvolles Jahr politischer Ereignisse. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Obersteuerinspektor U h r i g, erstattete in einem ausführlichen Referat Herr Redakteur U h l den umfangreichen Jahresbericht, der Sinn und Ziel unseres Wirkens noch ein-

mal später den berufsständischen Organisationen vorbehaltenen Tätigkeiten lassen sich dieser Arbeitsteilung unterwerfen. Im einzelnen darüber Vorschläge zu machen, soll einer späteren Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Für heute sollen solche nur in großen Zügen gemacht werden. Es soll zunächst lediglich ein organisatorisches Gerippe für den Neuaufbau gegeben werden, damit auch der praktische Bauer endlich sieht, was angestrebt wird, und somit Gelegenheit erhält, sich dazu zu äußern.

Da es sich in Zukunft nicht mehr um eine freie Organisation handelt, in die man beliebig ein- und austreten kann, sondern um die öffentlich-rechtliche Ständesvertretung aller in der Landwirtschaft tätigen Menschen, muß auch aus der Bezeichnung diese Tatsache klar erkenntlich sein. Demgemäß ist für die Reichsorgane die sehr gute Bezeichnung „Reichsbauernstand“ vorgeschlagen worden. Der Reichsbauernstand wird also die höchste Vertretung der Landwirtschaft in Deutschland sein. Er kann bestehen aus der Spezialabteilung des Reichsbauernstandes für das Arbeitsgebiet I, aus der Reichsbauernkammer für das Arbeitsgebiet II und dem Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften für das Arbeitsgebiet III. Jede Abteilung kann ihre besonderen Arbeitsorgane haben.

In den Ländern wäre der „Landesbauernstand“ die berufsständische Spitze. Auch hier könnte eine Spezialabteilung unter derselben Bezeichnung das Arbeitsgebiet I, die Landesbauernkammer das Arbeitsgebiet II und der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften das Arbeitsgebiet III bewirtschaften.

Der Landesbauernstand erwächst aus der Zusammenfassung der Bezirksbauernstände, die sich wiederum aus den einzelnen Ortsbauernständen als den letzten Zellen des Gesamtaufbaus zusammensetzen. Jedes Glied hat eine streng abgegrenzte Funktion, aber so, daß es sich organisch zum Ganzen fügt. Die Vorschläge des Bauernvereins, die keinen Anspruch auf End- oder Alleingültigkeit erheben, sind auf alle Fälle sehr wertvolle Anregungen zum Hauptkapitel unserer Zeit, der Umformung unserer Wirtschaft mit dem Ziel zur berufsständischen Ordnung zu gelangen. Es besteht aber auch hier kein Zweifel, daß das berufsständische Denken, also die Gewinnung der Gemeinschaft, immer ausschlaggebend sein wird für Gelingen oder Mißlingen dieser neuen Ordnung der sozialen Dinge.

mal allen vor Augen führen sollte. Klar und eindeutig wurde darin unsere Zukunftsaufgabe herausgestellt, die sich für uns auf den verschiedenen Gebieten ergibt. Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Redner an den aus dem Amte scheidenden, verdienten 1. Vorsitzenden der Partei, Herrn Obersteuerinspektor U h r i g, dem für seine langjährige, wertvolle Mitarbeit von allen Anwesenden eine herzliche Dankesbezeugung zuteil wurde. An die Stelle des 1. Vorsitzenden wurde Herr Josef K n o p f berufen, dem mit den Herren Professor D u z und Redakteur U h l die Führung der Partei obliegt.

Aufgabe der Führerschaft wird es sein, die sofortige vom Reich und Land geforderte Reform durchzuführen, in dem Sinne, wie sie der Parteichef Dr. Brüning am letzten Sonntag in der Konferenz in Berlin den berufenen Vertretern auftrug. Rassen- und Revisionsbericht fanden die einmütige Billigung der Generalversammlung, die daran anschließend dem Gesamtvorstand Entlastung erteilte und hierbei dessen eifriges Wirken dankbar anerkannte.

Nach einer wertvollen Aussprache, die auf beachtlicher Höhe stand und die innere Geselligkeit erkennen ließ, werden unsere treuen Freunde zuverlässig hinter unserer Führung stehen und mit uns mitkämpfen an den Aufgaben, die uns im neuen Deutschland gestellt werden.

Kirchliche Nachrichten

Reudensau, (Gangolfsfest.) Seit 10 Jahren wird hier alljährlich das St. Gangolfsfest mit Pferderitt bei der allchwürdigen Kapelle gefeiert. Fast schien es unter der Ungunst der Witterung dieses Jahr am letzten Sonntag fast beeinträchtigt zu werden. Wohl waren nur an die 70 Pferde erschienen und das Geschäftsleben mag etwas gelitten haben, aber der eigentliche Zweck des Festes dürfte doch voll und ganz erreicht worden sein: religiös-jüdische Erneuerung und Erhebung unres leidenden und niedergedrückten Volkes. Der Jubrang der Wallfahrer ohne Pferde war ein großer; haben doch nach 700 das Brot des Lebens und der Stärken empfangen und trotz Regensdauer beim Worte Gottes ausgehalten. Gerade um die Stunde der Prozession hing es an zu regnen. Man zögerte anfangs, jahte aber doch Mut und mit Gebet und Gesang wollte man durch das schon geschmiedete Siedchen talaufwärts nach der alten Kapelle, wo zunächst die Quelle und die Pferde gesegnet wurden. Sodann bestieg der Festprediger S. Prof. Schöllig, Subregens am Priesterseminar in St. Peter, die im Freien errichtete Kanzel und verkündigte trotz einsetzendem Regen das Wort Gottes unter zeitgemäßer Betonung des Schriftwortes: „Ein ertrage des andern Last und so werdet ihr das Gebot Christi erfüllen“, in gegenseitiger, opferwilliger Liebe Gott ehren, die allgemeine Not lindern und Volk und Vaterland am besten nützen. Diese wie auch die Marienpredigt des Festpredigers am Vorabend war dazu angeht, großes Vertrauen zu Gott und den übernatürlichen Kraftquellen unres hl. Glaubens zu wecken. Das folgende Leutenamt hielt Herr Stadtpfarrer Schottmüller-Abelsheim unter Aufsicht von Herrn Pfarrer Kleibrin-Stein und Neupfarrer Schnez von Waldmühlbach. Der Kirchengesang trug in gemohnter meisterhafter Weise eine Schmelzermesse mit Instrumentalbegleitung unter Mitwirkung der Herrn Hauptlehrer Fischer und Kaiser vor. Nach einem begeistert verklangenen Ledeum lebte die Prozession wieder zur Pfarrkirche zurück, wo am Nachmittag Neupfarrer Schnez nach der Vesper die kirchliche Feier mit seinem neupfarrlichen Segen beschloß. Leber Mittag war ein schneidendes Platzkonzert der Feuerwehrkapelle auf dem Marktplatz.

Unterwiltshausen, 16. Mai. (Heimezgerzeiten.) In den vergangenen Tagen fanden hier Heimezgerzeiten statt, an denen sich 88 Frauen und 88 Jungfrauen in je einer Gruppe beteiligten. Ezerzeitenmeister war der H. S. Rektor Werner aus Bad Griesbach. Nach den Frauen und Jungfrauen kamen die Männer und Jungmänner, ebenfalls in je einer Gruppe, daran. 44 Männer fanden sich ein und nach ihnen noch 88 Jungmänner. Der H. S. Vater Krämer vom Institut der Herz-Jesu-Pfarrer in Freiburg hielt die Vorträge. Gatten schon die zwei weiblichen Gruppen ihre Ezerzeiten mit einer Lichterprozession abgeschlossen, so machte eine Lichterprozession der männlichen und weiblichen Gruppen beim Abschluß der erfolgreichen und erhebenden geistlichen Übungen bei einer Beteiligung von 286 Ezerzeitenmitgliedern ganz besonders tiefen Eindruck. Die beiden Ezerzeitenmeister, die hier in einer Gemeinde von 1000 Einwohnern mit so erfreulichem Erfolg tätig waren und jeweils fünf Vorträge im Tag hielten, werden in bestem Andenken bleiben. Als besondere Frucht der hl. Ezerzeiten erwies sich die Gründung eines katholischen Jungmännervereins.

Gereke-Prozess beginnt

Berlin, 18. Mai.

Am Donnerstag begann vor der achten Großen Strafkammer beim Landgericht I der Prozess gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Landrat a. D. Dr. Günther Gereke, dem Betrag in drei Fällen und Untreue in einem Fall zur Last gelegt wird. Mitangeklagt ist der Sekretär Gerekes, der Verbandssekretär Arthur Freigang, der der Beihilfe zum Betrag und der Untreue beschuldigt wird. Sowohl Reichskommissar Dr. Gereke, als auch Sekretär Freigang befinden sich in Untersuchungshaft.

Dr. Gereke wird zunächst beschuldigt, daß er durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Generalversammlungsbeschluss des Verbandes der preussischen Landgemeinden, dessen Geschäftsführer er seit dem 1. Juli 1922 gewesen war, erzwang, nachdem ihm im Jahre 1928 eine Aufwandsentschädigung in Form einer Umlage in Höhe von 76 000 RM. bezahlt wurde, obwohl er diese Geschäftsführung ehrenamtlich übernommen hatte. Hierin steht die Anlage den ersten Betragsfall. Ferner wird Dr. Gereke vorgeworfen, durch unwahre Angaben über die geringe Ertragsfähigkeit der Verbandsgemeinschaft „Die Landgemeinde“ den Verband zur Zahlung eines Zuschusses in Höhe von etwa 80 000 RM. sowie später im Jahre 1929 zur Uebertragung der Zeitschrift auf ihn persönlich veranlaßt zu haben. Dr. Gereke soll dadurch seit 1925 jährlich einen Verdienst von etwa 100 000 RM. erzielt haben. Dies ist der zweite Dr. Gereke zur Last gelegte Betragsfall. Auch seine Tätigkeit als Bevollmächtigter des anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1928 gebildeten überparteilichen Hindenburg-Ausschusses wird in dieser Verbindung eine Rolle spielen, da Dr. Gereke ferner vorgeworfen wird, Wahlgelber von mehreren hunderttausend Wählern, die durch Sammlungen aufgebracht worden waren, durch Vorspiegelung falscher Quittungen in seine Verfügungsmacht gebracht zu haben. Es handelt sich dabei um Ueberhörsche, die Gereke auf persönliche Konten leiten ließ mit der Angabe, daß er im Einverständnis mit prominenten politischen Persönlichkeiten diese Gelder für andere politische Zwecke verwenden wolle. Hier steht die Anlage den Untreuefall. Der dritte Betragsfall wird ebenfalls in diesem Zusammenhang erörtert, insofern als Dr. Gereke für seine Tätigkeit im Hindenburg-Ausschuß Auslagen in Höhe von 30 000 RM. liquidierte, die der Kassierer des Hindenburg-Komitees auch zahlte.

Dr. Gereke gab dem Gericht zunächst einen Ueberblick über den bisherigen Lauf seines Lebens und erklärte, daß er sich schon während des Krieges an der Gründung der Vaterlandspartei beteiligt habe, daß er nach der Revolution als Beamter stets sich gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen habe und schließlich der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten sei, als deren Vertreter er auch in den Reichstagsauschuß von Torgau und in den Provinziallandtag Merseburg gewählt worden sei. Dem Verband der preussischen Landgemeinden will Dr. Gereke aus kleinlichen Anfängen durch persönliche intensive Arbeit aufgebaut haben. Er erklärt, daß ihm bei dem Aufbau des Verbandes niemals kommerzielle, wirtschaftliche Interessen, sondern ausschließlich ideelle politische Motive geleitet hätten. Im Interesse seiner politischen Freiheit habe er auf Pensionsansprüche verzichtet und sei von seinem Landratsposten geschieden, lediglich um ungehindert seiner nationalen Berufung dienen zu können.

Dr. Gereke gab dann dem Gericht eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung des Verbandes der preussischen Landgemeinden. Er erklärte, daß ihm im Jahre 1928 erstmalig eine Entschädigung gezahlt worden sei. Die sechs Jahre vorher habe er nicht nur ehrenamtlich gearbeitet, sondern seine Tätigkeit sei auch für ihn mit erheblichen Kosten verbunden gewesen, die er aus seinem Privatvermögen bestritten habe. Nur seiner persönlichen Initiative sei es zu danken gewesen, daß es gelungen wäre, den Verband über die schwierigen Zeiten der Inflation hinwegzubringen. Wenn er nicht aus seinen persönlichen Mitteln alles geopfert hätte und seine Freunde nicht in angemessenem Umfang Roggenpenden, die er nach Belieben abufen konnte, geleistet hätten, dann sei der Verband nicht zu halten ge-

wesen. Gereke erklärte, daß er sich insoweit als der politische Freuhänder derjenigen Gutsbesitzer, die Roggenpenden gegeben hätten, gefühlt habe, als er sich verpflichtet gefühlt hätte, die bei der Geldhergabe getroffenen Abreden hinsichtlich der politischen Verwendung zu gegebenen Zeit durchzuführen. An eine Rückzahlung hätten die Geldgeber niemals gedacht. Aus dieser seiner Einstellung heraus habe er auch dem Verbands gegenüber erklärt, daß die Geldgeber den Erlös aus den Roggenpenden zurückhaben wollten, wenn diese lediglich auch nur den Wunsch geäußert hätten, daß die Roggenpenden nicht den in den Landgemeinden vertretenen Sozialdemokraten, sondern ihren eigenen politischen Zwecken zugute kämen. Deshalb habe er diese Roggenpenden auf sein persönliches Konto vom Verbands überweisen lassen, um dann diese Gelder im Sinne der Geldgeber politisch zu verwenden. Weber ein Betrag noch eine untreue Handlung könne in diesem Verhalten erblickt werden.

Zu dem Vorwurf des unberechtigten Bezuges einer Aufwandsentschädigung betonte Gereke, ihm habe an sich eine Aufwandsentschädigung von 15 000 RM. im Jahr zugestanden, die er aber niemals in Anspruch genommen habe.

Die Anklage hebt auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte einmal 42 000 und einmal 82 000 RM. verschleiert als Aufwandsentschädigung bekommen habe, so daß er später zu Unrecht eine Aufwandsentschädigung von 74 000 RM. nachforderte. Der Angeklagte wehrt sich gegen den Vorwurf sehr entschieden und betont, es handele sich um

„Roggenpenden“, die er im Sinne der Spender für politische Zwecke verwendet habe.

Dann gelangt der Anklagekomplex der Zeitschrift „Die Landgemeinde“ zur Erörterung. Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte sich das Eigentum an dieser Zeitschrift habe übertragen lassen unter der Vorspiegelung, es sei ein Unternehmen, das sich gerade über Wasser halte, aber keinen Gewinn erziele. Tatsächlich soll Dr. Gereke aber aus dieser Zeitung über 1.1 Millionen RM. aus Einnahmen bezogen haben, die er nach der Anklage für persönlich politische Ziele und zum Teil für seine Güter verwendet habe.

Im weiter enVerlauf der Verhandlung wurde das Verhalten Gerekes anlässlich der

Hindenburg-Wahl

erörtert. Das Hindenburg-Komitee hatte sich die Aufgabe gesetzt, mit Mitteln, die ihm aus Spenden zuzuflossen, die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zu fördern. Diese vorhandenen Beiträge wurden aber nicht reiflich verbraucht. Von dem so hereinfließenden Geldern blieb schließlich ein erheblicher Betrag übrig. Er habe es als rechtslebender Mann nicht genug sein lassen wollen mit der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg. Dieser Sieg habe erst richtig ausgewertet haben müssen, nämlich im Sinne der Fortführung einer nationalen Hindenburgpolitik, der Schaffung der Reichsdiktatur und Auflösung vom Parlamentarismus. Um für die Erreichung dieses Zieles die notwendigen Mittel für die Propaganda zu haben, seien diese Ueberhörsche zurückbehalten worden. Sein Sekretär Freigang habe ihm vorgeschlagen, diese Gelder mit falschen Rechnungen zu belugen. Das sei sicher ein trummer Weg gewesen, aber es habe ihm das politische große Endziel vorgeschwebt. Er habe es, so schloß Dr. Gereke, für seine staatspolitische Pflicht gehalten, diese Gelder für den angegebenen Zweck zurückzubehalten.

Sonnengebräunte Haut
NIVEA - CREME
oder aber
NIVEA - ÖL

Frühs Nah und Fern

Kauft die Losbriefe des Volksschauspiels Stigheim

Das Volksschauspiel Detigheim hat zur Zeit eine Lotterie laufen. Die Losbriefe sind bei allen Lotterieuunternehmungen erhältlich. Der Preis des Losbriefes beträgt 50 Pf. Jedem Brief ist ein Gutschein in der Höhe des Kaufpreises beigegeben. Diese Gutscheine werden in vollem Kaufpreis als Anzahlung auf Platzkarten bei einem Besuch des Volksschauspiels Detigheim entgegengenommen. Sie können für alle Vorstellungen Verwendung finden. Wer z. B. vier Lose kauft, erhält zugleich vier Gutscheine im Werte von viermal 50 Pf., das sind 2 Mk. Bei Abgabe dieser vier Gutscheine an eine Vorverkaufsstelle oder der Theaterkasse erhält der Besucher eine Eintrittskarte im Werte von 2 Mk. Das gleiche Verfahren gilt für alle Platzgruppen, vom Stehplatz angefangen bis zu den Logen. Wer frühzeitig, möglichst schon jetzt, Losbriefe kauft, unterstützt das Volksschauspiel Detigheim, weil er dem Unternehmen schon vor Beginn der eigentlichen Spielzeit zu den notwendigen Betriebsmitteln beiträgt. Jeder Loskäufer hat außer dem Gutschein noch Aussicht auf einen Gewinn bis zu 1000 Mk. Der Gewinn wird, wie das bei Losbriefen üblich ist, von den Losverkaufsstellen sofort ausbezahlt. Da hier jedes Risiko eines Verlustes wegfällt, darf ein reichender Absatz der Losbriefe erwartet werden.

Kind tödlich überfahren

dz Bruchsal, 18. Mai. Gestern nachmittag spielte der 5 Jahre alte Walter Reichert mit anderen Knaben vor dem Damianstor. Plötzlich lief er rückwärts aus dem inneren Torbogen auf die Fahrbahn und wurde von dem durchfahrenden Lastwagen der Fr. Brändle-Werkgarten erfasst und getötet. Den Fahrer trifft keine Schuld.

dz Obergrombach (bei Bruchsal), 17. Mai. (Auf der Weide verlegt.) Der Landwirt Gustav Schott wurde beim Betreten der Jungviehweide von einem fremden jungen Kind angefallen und zu Boden geworfen. Das Tier trat ihm auf das Gesicht und in die Magengegend, jedoch er bedenkliche Verletzungen erlitt.

Zehn Arbeiterinnen durch ausströmendes Gas erkrankt

bid Borsheim, 18. Mai. In den Fabrikanlagen der Bijouteriefabrik Schmidt-Staub u. Co. sind in den Mittagsstunden des heutigen Donnerstag zehn Hilfsarbeiterinnen durch ausströmendes Leuchtgas erkrankt und mußten ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei von denselben sind stärker vergiftet, während bei den übrigen nur leichtere Vergiftungen vorliegen und mit ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus noch im Laufe des heutigen Tages gerechnet werden kann. Der Unfall ist auf das Undichtwerden eines Gaslehns zurückzuführen.

Flammen verzehren deutschen Angeiß

Feierlicher Verbrennungsakt in Heidelberg.
bid Heidelberg, 18. Mai. Am Mittwochabend fand hier der feierliche Verbrennungsakt der jüdisch-marxistischen und antibörslichen Zerkleinerungsliteratur statt. Der Abend wurde eingeleitet durch einen Vortrag beim Kampfbund für deutsche Kultur, bei dem Dr. Wöhringer-Mannheim über „Völschewismus und Kultur“ sprach. Inzwischen bewegte sich ein Fackelzug durch die Straßen zum Univeritätsplatz, an dem der nationalsozialistische Studentenbund, die Korporationen, Abordnungen der SA, SS, des Stahlhelm, sowie andere nationale Verbände teilnahmen. Die Teilnehmer des Zuges bildeten auf dem von zusammengeworfenen Fackeln hell erleuchteten Platz ein Karree. Sodann begann der eigentliche Verbrennungsakt, der mit einer Rede des Vorsitzenden der Heidelberger Studentenschaft, Scheel, eingeleitet wurde. Er erinnerte an die Pflicht, die diese symbolische Verbrennung — während seiner Ausführungen wurde der errichtete Scheiterhaufen angezündet — für die deutsche Studentenschaft mit sich bringe. Nach Scheel sprach Dr. Ringens (NS), dessen Rede ausklang in „Deutschland, Deutschland über alles“, in das die Menge begeistert einstimmte. Den Abschluß der Feier bildete ein Sieg-Heil auf das neue Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler und dem Gesang des Horst-Wessel-Liedes.

bid Heidelberg, 18. Mai. (Safentlassungen.) Die in der Angelegenheit der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Neu-Heidelberg verhafteten Vorstandsmitglieder Wartmann, Holl und Rink sind, wie wir erfahren, wieder aus der Haft entlassen worden.

Borsheim bei Karlsruhe, 14. Mai. (Frühjahrskonzert des Gesangsvereins „Frohinn“.) Der genannte Verein veranstaltete anläßlich seines 25jährigen Bestehens an letzten Sonntag nachmittag im Vereinshaus ein Frühjahrskonzert in Verbindung mit Sängerehrung. Eine stattliche Schar von Sängern brachte unter der Stabführung von Chordirigenten Baumann ein Duett der Männerchöre in „Hilfsmusik“, Liebesauffassung wie Reinheit der Stimmen meisterhaft zum Vortrag. Die Auswahl der Lieder geschah unter dem Motto: „Der Mai ist gekommen“ und sang in allen Tonarten den Preis der Natur und der Liebe. In abwechselnder Unterbrechung der Männerchöre sangen Frau Ida und Herr Karlheinz Kögeler, Karlsruhe, Herliche Volks- und Wandwerksburleskenlieder zur Laute. Nach den Vorträgen fand die Ehrung zweier Jubilare des Gesangsvereins statt, und zwar von Sänger Hugo Wäh für 25jährige aktive Mitgliedschaft und von Hauptlehrer Baumann für ebensolange Wirksamkeit im Dienste des deutschen Liedes. Unter anerkennenden Dankworten überreichte der Sängervorstand Burkart den beiden das Jubiläumsdiplom und Herr Lehner als Vertreter des Badischen Sängerbundes ehrte durch Ueberreichung der silbernen Ehrennadel die beiden Jubilare. Chordirigent Baumann wurde anläßlich seines 20jährigen Dirigentenjubiläums noch besonders durch Ernennung zum Ehrenmitglied des Gesangsvereins Frohinn geehrt.

Kaufgifthändler festgenommen

dz Radolfzell, 18. Mai. Der Fahndungs- und Kriminalpolizei ist es in Zusammenarbeit mit der Zollfahndungsstelle gelungen, einen seit längerer Zeit in der hiesigen Gegend betriebenen großangelegten Kaufgifthandel aufzudecken. Beschlagnahmt wurden etwa 8000 Ampullen, sowie ein größeres Quantum pulverisiertes Kokain. In die Angelegenheit sind Personen von Gailingen, Singen, Konstanz und Radolfzell verwickelt, die zum Teil festgenommen wurden.

dz Harreshelm (Amt Ueberlingen), 18. Mai. (Vergiftung durch Blumcn.) Der Sohn eines hiesigen Landwirts brachte Mairöschchen und Schwären unvorsichtigerweise miteinander in Berührung. Nach dem Genuß der Schwären erkrankte er an einer schweren Magenvergiftung.

dz Konstanz, 18. Mai. (Brand.) In einem Schuppen eines Mithändlers entstand am Dienstagabend ein Brand, der in dem aufgestapelten Altmaterial reiche Nahrung fand und in kurzer Zeit auf zwei angebaute Schuppen übergriff. Nach 1½stündiger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Ein großer Lastwagen, der in einem der abgebrannten Schuppen stand, konnte gerettet werden.

Beschlagnahme des SPD-Vermögens

dz Lindau (Bodensee), 18. Mai. Auf Grund der behördlichen Anordnungen wurde auch in Lindau eine Beschlagnahmeaktion gegen die SPD unternommen. Dabei wurde festgestellt, daß der Ortsauschuß der SPD die Klassenbücher, Belege, Mitgliederverzeichnisse, Profokollbücher usw. beiseite hatten. Der Vorstand und Fraktionsführer Walthar Schliermeier und der Kassier Söhner erklärten, daß sie die Bücher und Belege verbrannt hätten. Die Ortsgruppe habe kein Vermögen, sondern nur Schulden. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Belege und Geschäftsbücher zum Teil bei einem Parteimitglied außerhalb des Stadtgebietes untergebracht wurden, wo sie dann auch gefunden wurden. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Schliermeiers wurden 2400 RM. gefunden, die dem sozialdemokratischen Volkshaushaus gehören. Die Gelder waren im Küchenschrank unter Lebensmitteln versteckt. Schliermeier und Söhner wurden wegen Verdunkelungsgefahr in Schutzhaft genommen.

bid Lörrach, 18. Mai. (Zucker schmuggel.) Ein Freiburger Kaufmann und seine Frau hatten sich vor dem Lörracher Einzelrichter wegen Hehlerei zu verantworten. Diese bestand darin, daß die beiden in wirtschaftlicher Bedrängnis auf geschmuggeltes Zucker zurückgriffen und im ganzen von einer Weiler Schmugglergesellschaft 13 500 Kilogramm Zucker und über 1000 Kilogramm Rohsaffee erwarben. Die Schmuggler sind bereits abgeurteilt. Das Ehepaar erhielt zusammen eine Geldstrafe von 72 000 RM. oder für je 100 RM. ein Tag Gefängnis. Außerdem wurde der Ehemann noch zu einem Monat Gefängnis verurteilt, ferner zusammen mit dem Haupt schmuggler ist eine Wertersatzstrafe von 10 700 RM. ausgesprochen worden.

dz Riedel, 18. Mai. (Fahrlässiges Hantieren mit einem Flobergewehr.) Ein junger Mann dantierte fabriklagerweise mit einem Flobergewehr; plötzlich entlud sich ein Schuß und die Kugel drang einem fünfjährigen Mädchen unter dem Auge in den Kopf und blieb stecken. Direkte Lebensgefahr für das Kind soll nicht bestehen.

dz Wittenhofen, 18. Mai. (In eine Sense gestürzt.) Der 14-jährige Sohn des Landwirts Schlude stürzte vom Rade in eine offene Sense. Der Junge erlitt schwere Verletzungen am linken Oberarm und wurde bewußlos aufgefunden.

dz Riedel, 18. Mai. (Zunehmende Wildschweinplage.) In welchem Ausmaße die Wildschweinplage in der Südbfalz, vor allem in der Bismarckgegend, überhand nimmt, geht daraus hervor, daß sich jetzt schon ganze Huden der lästigen Porstentiere sogar bis in den Ort wagen. Sie richten in den Gärten der Ortsbewohner, hauptsächlich nachts, empfindlichen Schaden an.

Das Brandunglück in Schlesien - ein Verbrechen?

Beschlagnahme der fünf Leichen. — Wer hat den Tod der Opfer auf dem Gewissen?

Das schwere Brandunglück in Ullersdorf (Kreis Grafschaft Glatz), bei dem das Anwesen der Familie Lauterbach in Flammen aufging und fünf Personen den Tod fanden, hat zu aufsehenerregenden Weiterungen geführt. Mit Rücksicht darauf, daß der Verdacht eines verbrecherischen Verschuldens vorliegt, hat die Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahme der Leichen des 73jährigen Lauterbach und der ums Leben gekommenen vier kleinen Kinder des jüngeren Lauterbach verfügt.

Das Feuer war bekanntlich einige Stunden nach der Rückkehr der Familie von einem Jahrmarktsest ausgebrochen. Klemens Lauterbach erklärte die furchtbaren Folgen der Katastrophe zuerst damit, daß er der Meinung gewesen sei, es brenne in der Nachbarschaft und sich zuerst angezogen habe, um den Betroffenen zu Hilfe zu eilen. Als er draußen bemerkte, daß es bei ihm selbst brenne, sei er bereits zu spät gewesen. Er habe nur noch seine Frau retten können.

Er hat den Brand verschuldet!

Nun erfährt man, daß Klemens Lauterbach sich bei seiner Vernehmung in verschiedene Widersprüche verwickelt und schließlich gestanden hat, daß er den Brand verschuldet habe. Er erklärte, daß er sich vor dem Schlafengehen eine Zigarette angezündet und sich dann zu seiner Schlafstätte auf den Boden begeben habe. Offenbar habe er, ohne es zu wissen, auf dem Wege dorthin durch Funken oder glimmende Asche der Zigarette Streu in Brand gesetzt. Dann habe er im Bett liegend die Zigarette noch zu Ende geraucht und den glimmenden Stengel

Wegen tätlicher Beleidigung verurteilt

Karlsruhe, 17. Mai. Aus der Schutzhaft wurde heute der 56jährige ledige gemeine Ministerialrat Karl Frech dem Schöffengericht (Vorsitzender: Amtsgerichtsdirektor Dr. Weiß) vorgeführt, um sich wegen Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte war seit 1923 Ministerialrat beim badischen Staatsministerium und wurde am 11. März 1933 im Anschluß an die politische Umwälzung mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Am 8. April wurde ihm seine Entlassung auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums eröffnet. Er befand sich seitdem in Schutzhaft. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 15. März und 22. März dieses Jahres an einem 17jährigen Schüler, der ihn zur Einleitung von Schritten zur Beantragung seines in einem italienischen Gefängnis sitzenden Vaters in seiner Wohnung aufgesucht hatte, unter Ausnutzung seiner dienstlichen Stellung den Versuch unfittlicher Handlungen vorgenommen zu haben. (§ 185 des R.G.B.) Die Tat, die von dem Angeklagten nicht in Abrede gestellt wurde, wurde unmittelbar nach seiner Beurlaubung begangen.

Oberstaatsanwalt v. Hofer beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, während der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Köppler, für eine Geldstrafe eintrat.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter tätlicher Beleidigung zu 1000 Mark Geldstrafe. Wie gegen Schluß der Verhandlung bekannt wurde, ist die Schutzhaft gegen den Angeklagten inzwischen aufgehoben worden. („Der Führer“ hat den schlechten Geschnad, vorstehenden Bericht unter der großen zweispaltigen Ueberschrift „Das ist das Zentrum“ in seinen Lesern mitzuteilen. Wir weisen die darin liegende Insinuation gegenüber dem Zentrum mit der Entrüstung zurück, die ihr gebührt. Im Zentrum wird der hier durch Gerichtspruch gebührende Fall mit jenem Bedauern zur Kenntnis genommen, das man bei uns gegenüber solchen Verletzungen der Sittengebote und -Gesetze doppelt hat, wenn sie bei Leuten vorkommen, die sich sonst zu unseren Grundbrienen bekennen. Dagegen kennt man bei uns den Bazarismus nicht.)

Hohe Strafen für Zigarettschmuggel

dz Worms, 18. Mai. Einer der größten Schmugglerprozesse, die je im Wormser Gerichtssaal stattfanden, spielte sich vor dem Wormser Bezirksschöffengericht ab. Der Hauptangeklagte allein, Ingenhagen heißt er, hat den Staat um 814 000 RM. Steuer, Zölle und Abgaben betrogen. Der vorbestrafte Angeklagte hatte 21 Zentner Tabak nach Worms geliefert, die der ebenfalls angeklagte Formus im Wormser Gebiet abgeben half. Die Abnahmebescheinigung besorgte Formus Schwaner aus Osthofen. In Heringsfässern oder in Paketen sollte die Ware an die Destabrie eines Hans Weber an. Das Geschäft florierte wirklich bis die Zollfahndungsstelle zupackte. Es wurden verurteilt: Ingenhagen zu 8 Monaten Gefängnis und zu 1 500 000 RM. Geldstrafe bzw. ersatzweise sechs Monate Gefängnis und zu 20 222 RM. Wertersatz oder weiteren 20 Tagen Gefängnis, Formus erhielt 120 440 RM. Geldstrafe oder 2 Monate Gefängnis; von den weiteren Angeklagten erhielt Karl K. 60 000 RM. Geldstrafe oder ersatzweise 1 Monat Gefängnis, Heinrich E. erhielt 6 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 680 000 RM. oder weitere 8 Monate Gefängnis, während der letzte Angeklagte J. 1 144 000 RM. Geldstrafe oder 5 Monate Gefängnis erhielt. Die fünf Angeklagten werden 456 000 RM. als abgegolten angedreht.

dz Stuttgart, 18. Mai. (Ein Ehepaar gasvergiftet.) Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr wurde in einem Hause der Militärstraße ein jüngeres Ehepaar gasvergiftet aufgefunden. Während die Ehefrau tot war, waren bei dem Manne die Wiederbelebungsversuche erfolgreich. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

dz Rentlingen, 18. Mai. (Nächtliche Schüsse.) Der Propagandaleiter der NSDAP Hans Ledtche wurde nachts durch Schüssen an seiner Haustür geweckt. Als er ans Fenster trat, fielen sieben Schüsse aus einer Pistole. Jedoch gingen alle fehl. Die Täter nahmen Reißaus, konnten aber noch nicht ermittelt werden. Man vermutete, daß es sich um Kommunisten handelt.

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, den 18. Mai. Hoher Druck hat nunmehr die Führung unserer Witterung übernommen und wird sie auch morgen behalten.
Vorhersage für Freitag: Meist heiter und trocken, tagsüber warm.

Wasserstände des Rheins am Donnerstag, morgens 8 Uhr: Waldshut 889, gef. 4; Wörl 818, gef. 1; Weiskach 249, unv.; Rehl 842, gef. 20; Wargau 660, gef. 37; Mannheim 508, gef. 1; Caub über 800 Zentimeter.

 **Billig und gut kaufen Sie in KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT** 

Aus der katholischen Welt

Das Heldische in Christus

Professor Karl Adams „Christusbuch“

Die Bekrönung einer 25jährigen akademischen Lehrtätigkeit

Sechs Auflagen schaute Professor Dr. Adams vielgenanntes Buch: „Wesen des Katholizismus“. Das Buch ist auch in mehrere Fremdsprachen überetzt. Der Eindruck bei Katholiken und Nichtkatholiken ist gleich groß. Man hat fast Grund unter den Füßen und fühlt doch den Odem der Gegenwart, den Atem unserer Tage. Vom eben erschienenen neuen Adamschen Buche „Jesus Christus“ (Verlag Haas & Grabherr, Augsburg) war die erste Auflage in Höhe von 5000 Exemplaren in wenigen Wochen vergriffen. Dieses Buch erfüllt ein Ziel des Tübinger Gelehrten. „Was es doch der Traum seines ganzen Lebens“, so schreibt ein Mitglied des Benediktinerordens, „über Christus ein Buch zu schreiben, das allen Ansprüchen gerecht werden sollte. Und wenn ein so hohes und göttliches Leben von Menschen auch nie ganz erfasst und dargestellt werden kann, so müssen wir doch sagen, daß dieses Buch ... wirklich ein Christuslebensbuch bedeutet, wie es der Lehrer in seinem Leben vielleicht nie empfunden.“

Nur eine jahrelange Auseinandersetzung mit den biblischen Christusproblemen ermöglicht ein solches Buch. Wie viel Verzeichnungen mußte sich das Christusbild gerade in unseren Jahrzehnten gefallen lassen! Im Lichte dieses Buches sehen wir alle Fragen gelöst, alle Seiten hien, alle Schwierigkeiten hinstreichen vor dem leuchtenden Auge dieses Seelers auf der Lehrtafel. Unser Zeitalter baut christozentrische Kirchen. Der Aufbruch der katholischen Jugend vollzieht sich mit dem Christusglauben auf Stille und Wut. Der hl. Vater proklamiert ein Christusbuch. Dieses Buch motiviert gleichsam diese großen Zeitalter. Der von Adam gezeichnete Christus ist die Gestalt, die gerade unsere Zeit braucht: ein Führer mit Erobererkraft und Erobererwillen, frei von menschlicher Schwäche und jeder Frömmerei. Wir möchten in dieser Beziehung einige Sätze aus dem Kapitel: „Die geistige Gestalt des Christus“ hierher setzen: „Was den Evangelisten an der menschlichen Wesenheit Jesu vor allem auffiel, was sie immer wieder unterstreichen, ist die ungeheure Zielklarheit seines Denkens und die davon getragene Straffheit, Geschlossenheit seines Willens. Wollte man das Innere verstehen, und Jesu geistige Art auf einen letzten Ausdruck bringen, so müßte man wohl diese resolute, zielhafte Mannigfaltigkeit nennen, mit der Er seine Aufgaben sieht, befaßt und bis zum Ausruhen, bis zum Verströmen seines Blutes durchführt. Schon in seinem Sprachgebrauch, in den immer wiederkehrenden Wendungen: „Ich bin gekommen“, „ich bin nicht gekommen“ spricht sich diese Zielklarheit, entschlossene Klarheit und Reinheit seines Lebens aus. In seinem ganzen öffentlichen Leben ist kein Augenblick auffindbar, wo Er überlegt, wo Er unklarheit schwärmt, oder wo Er gar ein Wort oder eine Tat rückgängig macht. Und das selbe gestraffte, zielhafte Wollen heißt Er von seinen Jüngern. „Wer die Hand an den Pflug legt und rückwärts schaut, ist nicht tauglich für das Reich Gottes“. ... Es ist seine eigene, ganz persönliche Art, die Er hier den Jüngern einprägt. Das unüberlegte, vorschnelle Handeln, das unsichere Schwanken oder gar das Vakillieren und das Kompromiß-Suchen ist nicht seine Sache. Sein Wesen und Leben ist Ja und Nein, nichts anderes. Jesus ist immer der Ganze, immer der Fertige, weil er niemals anders, denn mit seiner ganzen, hellen Bewußtheit und mit seinem Willen, harten Lebenswillen redet und handelt. Sein Wesen und Leben ist ganz und gar Einheit, Geschlossenheit, Zielhaftigkeit, ursprüngliche Klarheit und Wahrheit. Es trug daran das Merkmal des Schönen, des Wahren, des Aufrechten und Starren, daß sich selbst seine Feinde diesem Eindruck nicht entziehen konnten. „Meister, wir wissen, daß Du wahrhaftig bist und Dich vor niemand scheust.“ (Mt. 12, 14). ... Jesus ist ein durch und durch heroischer, heldischer Charakter, das menschgewordene Heiligtum. Diesen Heldenstimm, diesen unbedingten Einsatz des Lebens für die erkannte Wahrheit fordert Er auch von seinen Jüngern. Das Heldische ist ihm das Selbstverständliche. Dieser gehaltenen, konzentrierten Wille zu seinem Ziel, diese Person gewordene Initiative und Tatkraft macht Jesus zum geborenen Führer. Er ruft Simon und Andreas und sie verlassen sofort ihre Netze. (Mt. 1, 16.)

Er ist eine Herrennatur, eine Königsgehalt. Die Jünger empfanden dies. Darum ihre scheue Ehrfurcht vor dem Meister, das starke Distanzgefühl, das sie von ihm fernhält. Er war wie einer, der Vollmacht hat. So stark war dieser Eindruck des Uebertragenden, Uebermächtigen in der Gestalt Jesu, daß die Leute nach den höchsten Vorstellungen und Namen suchten, um diesen Eindruck zu bewältigen. Ist Er der Täufer? Ist Er Elias? Ist Er Jeremias und einer der Propheten? (Mt. 16, 14.)

Es ist von höchstem Reiz, Jesu unerbittliche Liebesbotschaft, „das Erhabenste und Beste, was je über Menschenlippen kam“, mit diesem zielklaren Mannlichen, herb Aufrechten in Verbindung gesetzt, sie vermagt zu sehen in seinem Wirklichkeitsinn und seiner Lebensnähe. „Mit den Armen will Er arm, mit den Bekleideten verkehrt, mit den Verdursten vermischt, mit den Sterbenden gekreuzigt sein. Alle Menschenmüt will Er in sich haben und

tragen, weil Er allein sie zu überwinden vermag. Hier ist der feilsche Ort, wo Jesu Heilandswirken seine natürlichen Wurzeln hat, wo seine Menschenliebe als Erlöserliebe aufflammt. Er kann nicht nein sagen, wo der Jammer Ihn anspricht, selbst wenn es eine Peidin, eine Sproßhängerin ist (Mt. 7, 26) ...“

Ebenso ergreifend lesen sich die Kapitel, welche dem betenden Jesus gelten, dem Auferstandenen oder dem Gekreuzigten, über der Gemeinschaft mit dem Vater: „Es gab in Jesus ein Innerstes, Allerheiligstes, zu dem nicht einmal Seine Mutter Zutritt hatte, wo nur der Vater allein war. Dieser tiefste innerste Punkt war zeitlos allen irdischen Beziehungen entrückt, in einer schlechthin unirdischen, überirdischen Jungfräulichkeit des ganzen Seins dem Vater gemeiht. Das war Seine Welt, Seine Wirklichkeit, Sein Leben — der Vater ... Es ist übermächtig, mit welcher Innigkeit und Wärme, mit welcher Zutraulichkeit und Zuversicht sich Jesus selbst den Vaterarmen Gottes übergibt ...“

Nur wenige Seiten haben wir gestreift! Dieses Buch hat eine besondere Bedeutung zum Segen aller, die Christus lebend suchen, merkt und geworden für die Heilstaten, berührt in falscher Geitigkeit, erfüllt von Vorurteilen, aber mit einem letzten Rest des Glaubens in uns die Erlösungskräfte suchend, „die Kräfte des Sieges, des Lebens, der Ewigkeit ...“ ap.

Kapitlworte zur Wirtschaftskrisis

Das „Frankreich der Arbeit“

Angeht die sozialen Reformen, die in verschiedenen Ländern an der Tagesordnung sind, kommt den sozialen Richtlinien, die Papst Pius XI. den Führern der sozialen Organisationen des katholischen Frankreich, die einen Pilgerzug „Frankreich der Arbeit“ nach Rom gebracht, nicht geringe Bedeutung zu. Bei diesem Pilgerzug handelte es sich um die Vertreter der christlichen Bauernvereine, der katholischen Gewerkschaften in der GZG, und der katholischen Arbeitgeberverbände in Industrie und Handel.

Zu den Bauernvertretern hat der Papst gesagt, der Bauer sei von Gott zum Mittler zwischen ihm und der Menschheit bestimmt, denn der Bauer vollziehe durch seine Arbeit die Bitte des Vaters: „Unser tägliches Brot gib uns heute!“. Auch der Heiland habe in seinen Gleichnissen mit großer Vorliebe der Arbeit des Bauern gedacht. Der Bauer stelle in allen Ländern immer noch das dar, was für die Stufenleiter „Familie, Vaterland, Kirche, Christus“ erforderlich ist.

Für die katholischen Gewerkschaftler hatte der Papst den Hinweis auf Jesus Christus selbst, der, obwohl wahrer Gott, nicht geögert hat, zum Handarbeiter zu werden, um damit die Welt der Arbeit allein schon förmlich loszukaufen. Jesus gebe der gesamten Welt der Arbeit die Mahnung zu wechelseitigem Wohlwollen, zu loyaler, aufrichtiger und fruchtbarer Zusammenarbeit

des ehrbaren Kapitals und der christlich aufgefaßten Arbeit. Aus Rom sollten die katholischen Gewerkschaftler mit nach Hause nehmen die Doktrin der Einigkeit, der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit.

Die katholischen Arbeitgeberverbände vernahmen aus dem Munde des Papstes die Bestätigung, daß heute mehr als je zwischen den Produktionsfaktoren die Solidarität gewahrt werden müsse. Auch für die Arbeitgeber sei die Wirtschaftskrise schwer. Und neben den zwangsweise feiernden Arbeitern sehe man die langen Reihen der arbeitslosen Angestellten, Beamten, Techniker und Industriellen selber. Zur Sicherung der Solidarität und zur Wiedergesundung wie des Wohlergehens der Nationen seien besondere Organisationen notwendig. Wo es notwendig sei, müsse die katholische Aktion am Zustandekommen dieser zeitgemäßen Organisationen arbeiten, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassen und von der Notwendigkeit gemeinsamer Schritte in einer wirtschaftlich und sozial erschütterter Zeit führen müssen.

Begen der Bedeutung der Worte von der „besonderen Organisation“ seien sie wie folgt eigens wiedergegeben: „Wir müssen retten durch eine besondere Organisation das gemeinsame Wohl aller Berufsstände, damit das Wohlergehen aller gesichert sei und besonders das Wohlergehen des eigenen Landes.“

Keine Gemeinschaft mit Kirchenfeinden!

Kirchenverfolgung und — Weltwirtschaftskonferenz

Der „Kulturpolitische Tagesdienst“ berichtet aus Washington: Die der Regierung nahestehende Presse berichtet, daß die Delegierten der Ver. Staaten zu der Weltwirtschaftskonferenz Instruktionen erhalten werden, die dahin gehen, kein Abkommen mit allen jenen Regierungen zu treffen, welche keine Gewähr dafür geben, daß „alle Konflikte religiöser Natur in ihren Ländern aufgehört“ und daß Verfolgungen aus Gewissensgründen ein für allemal aufhören. Ein entsprechender Antrag liegt dem Kongreß vor und ist der Zustimmung beider großer Parteien sicher.

Der vatikanische „Osservatore Romano“ bringt zu dieser Meldung einen sehr bemerkenswerten Kommentar: „Die Regierung des Präsidenten Roosevelt trennt sich also ebenso entschieden wie ehrenvoll von der Linie, die bisher ihre Vorgängerinnen in Washington eingeschlagen haben. Diese waren weit davon entfernt, so edeln und hohen Gefühlen Raum zu geben und blieben den betreffenden Geschehnissen gegenüber gleichgültig oder gar mehr oder minder zustimmend. Spanien und Mexiko mögen hier als Beispiel dienen. Wir zweifeln nicht daran, daß das von Washington angekündigte Vorgehen eine heilsame Rückwirkung auf alle Menschen guten Willens hat.“

Papst Pius XI. und die katholische Kirchenmusik

In einer Zeit geistigen Ringens nimmt der Heilige Vater Pius XI. durch ein bedeutungsvolles Schreiben des Kardinals Biletti an den Bischof Michael von Regensburg Stellung zu den schwerwiegenden kirchenmusikalischen Gegenwartsproblemen. Wenn in diesem Schreiben die für alle Zeiten gültigen fundamentalen Gesetze einer wahrhaft liturgischen Musik von neuem in das Bewußtsein der modernen Menschen zurückgerufen werden, so ist das ein außerordentlich bedeutsames Ergebnis.

Mit lehrer Konsequenz führt der Heilige Vater die liturgische Reform des Papstes Pius X. fort. Auch seine Hauptforge gilt zunächst dem römischen Choral, der als die von dem starken Geist der christlichen Kirche erfüllte, alles nur-Individuelle ausschließende Gemeinschaftsleistung aus Gründen seiner inneren Wesenheit schon sich dem Gesamtunterschied der katholischen Liturgie einordnet, die auch niemals eine individuelle Angelegenheit, sondern immer nur die der Gesamtheit ist. Der zugleich allein und ausschließlich die Grundforderungen an eine über allgemein-religiöse Musik sich erhebende liturgische Musik: Heiligkeit, Güte der Formen, Universalität nach Zeit und Raum in vollkommenster und für alle Zeit vorbildlicher Weise erfüllt. Den darum die Kirche als ihren eigentlichen Gehalt bezeichnet, der allein in ihren liturgischen Büchern niedergelegt wurde. Der als Ausgangspunkt aller weiteren europäischen Musikentwicklung auch für das Werden der mittelalterlichen liturgischen Polyphonie wegweisend war, die eine Zielvorgabe von melodischen, dem römischen Choral nachgebildeten Gesangsformen zu der Einheit eines in sich geschlossenen Kunstwerkes zusammenführte, das dem gregorianischen Choral aber nicht nur im Technischen nahekam, sondern auch die gleiche Textauffassung wie dieser hatte. Darum schon muß die zielbewußte Pflege der geistlichen Kunst des gregorianischen Choralis und der Meisterwerke des palästrinensischen Zeitalters eine Hauptforge unserer Kirchenmusik sein. Aber auch darum, weil die zugehende Kraft des römischen Choralis, der die liturgische Polyphonie begründet und seine Entwicklung weitergetrieben hat, im Grunde mit dieser einmal auch das Werden der jetzt ersuchten neuen kirchlichen Tonkunst entscheidend beeinflusst wird. Kein Zukunftsmusiker, der an dem Bau einer neuen liturgischen Hochkunst mitarbeiten will, wird an römischen Choral und palästrinensischer Polyphonie vorbeikommen. Es irren also, um nur ein Beispiel zu geben, jene kirchenmusikalischen Experimentatoren, die ausgehend von den ältesten niederländischen primitiven Versuchen, kirchenmusikalisches Neuland unter bewußter Umgehung des Palästrina-Stiles suchen, der doch gerade die Reform dieser Lebensstände darstellt. Wie auch diejenigen Kirchenmusiker irren, die entwürtelten Neutönen folgen zu müssen glauben, die jeden Zusammenhang mit der Tradition verloren haben. Denn eine neue musica sacra kann nur wertvoll sein, wenn sie wie die großen vom Papste genannten Vorbilder unter Wahrung an jedem Selbsttode und jede subjektive

Willkür von vornherein sich dem engeren Rahmen anpaßt, den das liturgische Kunstwerk aus Gründen innerer und äußerer Harmonie der Musik zugeben muß.

Ebenso wichtig ist die Erinnerung des Papstes, daß der künstlerische Schwerpunkt aller Kirchenmusik immer der Gesang ist. So war es, so wird es bleiben. Auch in Zukunft wird die reine Vokalmusik, der unbegleitete A-cappella-Gesang, immer die Edelblüte liturgischer Kunst darstellen. Das Instrumentalmusik von hervorragendem Wert im äußeren liturgischen Gottesdienst ausgiebig herangezogen werden dürfen, ist selbstverständlich. Es handelt sich hier um prinzipielle Feststellungen, die das liturgische Kunstwerk angehen. Dabei wird besonders betont, daß wir in der Orgel das Instrument haben, das den Zwecken der heiligen Liturgie am besten entspricht. Zu begrüßen sind deshalb die eifrigen Bestrebungen unserer Zeit, das Klangbild der älteren Orgel wieder zurückzugewinnen und die mehr technischen Errungenschaften des neuen Orgelbaus (die vielen Spielhilfen, Kollektivbrüder, die die Registrierung und das Spiel mechanisieren) wieder zu bescheiden und mehr auf die Struktur und Intonation der Orgelregister zu achten, die zum Teil von der Manier abhängt, zu legen und den mystischen Klang der früheren Orgeln zu erreichen. Man spricht nicht umsonst von den sogenannten sakralen Manieren.

Der Heilige Vater weist auch auf die musikalische Erziehung der Knaben hin. Knabenstimmen begeistern auch durch ihren unschuldvollen Zauber mehr als jeder andere, wenn auch noch so künstlerisch geschulte Klangkörper zu wahrer Andacht und zu wahrem Beten. Wir wollen den liturgischen Standpunkt aber einmal ganz beiseite lassen und die Sache lediglich vom allgemeinen kulturellen Standpunkt aus betrachten. Die Vernachlässigung der gesanglichen Knabenziehung führt zu einer Verarmung unserer kirchlichen Chöre, denen später notwenigerweise die musikalisch und gesanglich durchgebildeten Männerstimmen fehlen müssen. Die Bildung der Knabenstimmen ist freilich schwierig und verlangt vor allem sachtlich verfeinerte Stimmbilder. Aber wenn heute schon weltliche Musikereinigungen wie der Deutsche Sängerbund und die Arbeiterchöre in Interesse ihrer Zukunftsaufgaben Jugendchöre aufstellen, sollten die kirchlichen Chöre sich dieser Aufgabe widmen.

Das Schreiben des Kardinals enthält Worte wärmster Anerkennung für das Wirken und Streben des Deutschen Sängerknabenvereins. Das möge seine Sänger und Führer, deren selbstloses Wirken leider oft so wenig Verständnis und Dankbarkeit findet, in ihrer Treue zur musica sacra bestärken, damit das liturgisch-musikalische Kunstwerk unserer Zeit bald Wirklichkeit werde zur größeren Ehre Gottes und zum Segen seiner Christenheit.

Erz. Hermann

Katholische Jugendwarte

Haus Altenberg

wurde am 1. Mai feierlich als Führerschule des Kath. Jungmännerverbandes Deutschlands eingeweiht. Mehr als bisher wird nun die Führerschule den Aufgaben der Jungmannschaft dienen können.

Was ist unsere Pflicht?

Wir alle im Jungmännerverband sind diesem Haus mit unserem ganzen Herzen verbunden, denn wenn das Herz des Verbandes im Altenberger Dom schlägt, dann müssen zumal die Bräutern mit Altenberg verwachsen sein. Viele unserer Führer haben dort schon Kurse mitgemacht und sind mit neuer Kraft und Begeisterung wieder ins Land hineingezogen. Es ist mithin eine Pflicht der Dankbarkeit, daß wir am Ausbau des Hauses Altenberg mitwirken.

Und wie?

Es muß möglich sein, daß die Jungmannschaft von sich aus einen sichtbaren Anteil am Hause Altenberg nimmt und diesem Anteil einen kräftigen Ausdruck verleiht.

Generalpräses Wolter hat die Jungmannschaft des Verbandes gebeten, die „Bestuhlung“ und „Reinigung“ des großen Hörsaales zu übernehmen. Diese Bitte muß für uns Befehl sein. Auf unsere Präsesen wird es in erster Linie ankommen. Sie müssen diese Bitte bei ihren Jungmännern vertreten.

Die Parole muß daher lauten: Im Monat Mai wird bei einer Altenberg-Gedenkfeier eine besondere, vorher lauter angekündigte Sammlung veranstaltet. Das Ergebnis der Sammlung wird dann umgehend auf das Postfachkonto Eisen 590, Jugendhaus, Düsseldorf mit dem Vermerk: „Großer Hörsaal“ eingezahlt.

Was wäre es für eine Freude, wenn nach Ablauf des Monats Mai unser Generalpräses sagen könnte: „Der große Hörsaal ist von der Jungmannschaft gestiftet! Wenn viele ein Kleines geben, gibt es auch ein Großes und darum darf keiner sagen: „Ich habe nichts“ oder „wir haben nichts“. Wir haben bekanntlich alle nicht viel, aber wenn wir alle ein Weniges tun, dann wird auch diese Bitte erfüllt werden können. Wir wollen uns bestimmt durch niemanden an Opferfreudigkeit übertreffen lassen.

„Fahrende Schachritter“

Der Schachbund im Kath. Jungmänner-Verband rüstet zur großen Bundesfahrt in die Schweiz. Am 17. Juni soll es losgehen: Zürich, Lugern, Interlaken, Montreux, Genf, Lausanne, Yverdon, Bern, Basel. Dauer 8 Wochen. Von vielen Schweizer Vereinen sind Einladungen ergangen. Wir wünschen unseren „Reisern am Brett“ ein sieghaftes Schachheil!

Diözesantag in Bodum.

Die Diözesane Bodum des Kath. Jungmännerverbandes veranstaltet ihren 8. Diözesantag vom 17. bis 21. Mai in Bodum.

der unter dem Zeichen der „Lebensschule junger Christen in Stadt und Land“ steht.

Kolpings Wandernde Gesellen,

wo sie bisher bestanden, sehen es als ihre erste Aufgabe an, für die Werbung der Neumitglieder erste Dienste zu tun.

nehmt sie mit auf Fahrt, seid ihnen Form, wonach sie ihr junges Menschenleben formen können.

AGG-Lösung:

Jede Gruppe entfaltet zur Selbsttätigkeit in München wenigstens vier Mitglieder!

Arbeiterseelsorge am Rande der Großstadt Wien

A. R. Vor Jahren erschien ein Buch das in der ganzen katholischen und geistlichen Welt berechtigtes Aufsehen erregte.

Oesterreichs Hauptstadt Wien scheint nun eine Parallele gefunden zu haben nicht nur in der Not seiner Arbeiterbezirke, sondern auch in einigen bewundernswürdigen Priestern.

Der Stall ist heute Mittelpunkt des Wirkens der Vorarlberger Arbeiterpriester, denn noch zwei seiner Amtsrüder sind ihm in den schmerzlichen Seelsorgediensten in Wien gefolgt.

Katholisches Mosaik aus aller Welt

Wie der „Oberbote Romano“ aus Washington berichtet, ist der amerikanische Oberst Mann und seine Gattin auf Grund der Beziehungen, die er in der „Katholischen Stunde“ des amerikanischen Rundfunks anknüpfte, katholischen Kirche übergetreten.

Die Zahl der Bekehrten an den freien katholischen Schulen in Frankreich beträgt jetzt nach den auf dem Landeskongress in Marseille gemachten Angaben 12.896, organisiert in 69 Seelsorien, von denen 14 erst im letzten Jahre entstanden sind.

In der nächsten Zeit erfolgt, wie aus der Vatikanstadt berichtet wird, eine gründliche Neuordnung der Vollmachten bei der Erteilung von A. B. F. S. Ein Reihe bisher behaltener Privilegien wird eingesogen.

Ein längerer Kusslag in der katholischen „Croix“, der sich mit dem internationalen Kongress gegen Geburtenbeschränkung in Paris befaßt, gelangt auf Grund der sachmännlichen Berichte aus den einzelnen Ländern zu der Feststellung, daß die „mächtigsten Ursachen des Geburtenrückganges“ nicht in der Wirtschaftskrise, sondern im Sittenverfall, Bolschewismus, Genussucht und systematischer Verdrängung des weiblichen Organismus liegen.

Die katholische Zeitung „El Not“ in Barcelona hat in den letzten sechs Wochen ihre Auflage um 18.000 zahlende Abonnenten erhöht, wie sie schreibt, durch Ausgestaltung ihrer Berichterstattung aus der ganzen Welt auf kulturpolitischem Gebiet.

Wegen der letzten Schlüsse, die die bolivianischen Katholiken bei den letzten Wahlen erließen haben, finden in der nächsten Zeit eingehende Führerberatungen statt, die eine gründliche Neuorganisation der römisch-katholischen Staatspartei an Haupt und Gliedern zum Ziele haben.

Wie der „Oberbote Romano“ aus Prag berichtet, wartet die gesamte katholische Öffentlichkeit mit Spannung auf die Weiterentwicklung des gegen den Erzbischof von Prag Dr. Ruzicka anhängig gemachten Gerichtsverfahrens. Die Kirche stellt sich geschlossen mit dem Papst an der Spitze gegen den „liberalen Kulturpolitikern“ in Schütz und „patriotischen Verbänden“, denen der Erzbischof in einer öffentlichen Rundgebung behde angefaßt hat.

Die Aktion zur Wiederbelebung der katholischen Presse in Italien, von der wir als erste 14 Tage vor anderen Informationsquellen berichtet, schritt hiermit fort. In Rom ist das Erscheinen einer katholischen Tageszeitung bevor. Ein zu Wohlstand gelangter Kapuziner in Argentinien soll die Mittel zur Verfügung stellen.

In einige amerikanische Bischöfe es absichtlich hatten, das Bestehen von der Erbsünde in ihren Diözesen bezeugen zu lassen, weil die Anregung dazu vom römischen Papste ausgegangen sei, schreibt der „Vormarsch“, Erzbischof von Cambridge, in seinem Amtsantritt, er sei dafür, daß alle Christen sich mit den römischen Katholiken zusammenschließen, um Christus und dem in einer Erinnerungsbüchlein an den größten Akt der Weltgeschichte anzubringen.

Handbuch der Erziehungswissenschaft*)

KK. Das im Verlag Kösel & Pustet gegenwärtig zur Ausgabe gelangende „Handbuch der Erziehungswissenschaft“ ist wohl unstreitig das größte und bedeutendste pädagogische Werk der Vergangenheit und Gegenwart, auch wohl überhaupt eines der größten wissenschaftlichen Werke. Es wird nach Abschluß etwa 28 Bände umfassen.

Die Herausgabe dieses Werkes ist die Folge einer unendlichen Fülle von Pädagogikschritten unterschiedlichster Wert- und Zielsetzungen, innerhalb welcher hier der allein richtunggebende und grundlegende Führer durch alle Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens erscheint, angefangen mit den Fragen der allgemeinen Erziehungswissenschaft und deren Grundwissenschaften, wie Philosophie, Psychologie, Soziologie, über die Didaktik der Altersstufen, die Methodik der Einzelfächer bis zur Geschichte der Erziehungswissenschaft. Es wird herausgegeben von den Professoren Dr. Eggersdorfer (Passau), Raederscheidt (Akademiedirektor Bonn) und Schroeteler (Schulorganisationsdirektor Düsseldorf), und zwar im Auftrag des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik in München i. B.

*) Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik, München i. B., von den Professoren Dr. Eggersdorfer (Passau), Raederscheidt (Akademiedirektor Bonn) und Schroeteler (Schulorganisationsdirektor Düsseldorf), im Verlag Josef Kösel & Friedrich Pustet, München, Abteilung Schulwissenschaftlicher Verlag.

voll mit ihrem Fassungsvermögen für 700 Menschen. Sommers werden auch die Hofstere geöffnet und dann vermögen an die 2000 Gläubigen der heiligen Handlung beizuwohnen.

Die drei Arbeiterseelsorger haben alle Hände voll zu tun. Da gilt es im Verein mit Wohlgefinnten viele Not zu lindern, manche Sorge zu teilen, aber auch manchmal Freude zu erleben an dem Opfermut der Aermsten. Auch ungetarft Kinder führt der Weg zu unsern Priestern, die Opfer zu Kirchenbauern gewordenen Eltern und nicht selten finden dann diese auf dem schweren Weg über ihre Kinder wieder zurück in den Schoß der heiligen Kirche.

Portugal

Während in Spanien, dem einst blühenden katholischen Lande Kulturkämpfe Staat und Gesellschaft erschüttern (Aufhebung der Orden und kath. Schulen u. a. m.), kann man in Portugal alle Zeichen eines Aufblühens des kulturellen Lebens im Zeichen der Kirche feststellen. Grundlage ist eine geordnete staatliche Ordnung und Sicherheit und die Entfaltung einer erfreulichen katholischen Aktion, an der sich besonders die Akademiker beteiligen. Neue Beispiele hierfür sind die Kundgebungen der Ärzte, denen nach den Worten des Patriarchen Gerechtigkeit eine große Rolle in der Rückgewinnung der Welt für Christus zufalle.

Frankreich

Nirgends kommt die materielle Schwächung der katholischen Kirche des laizistischen Frankreichs so stark zum Ausdruck wie auf dem Gebiet der Schule. Zwar enthielt die 18. Jahreskonferenz der Diözesanbischöfe des freien Unterreiches in Marseille ein Bild äußeren und inneren Wachstums: Eine Million junger Franzosen werden in freien katholischen Schulen erzogen. Aber die völlige Überwindung der Unterhaltskosten für dieses ideale und vorzügliche Schulwesen auf die Schultern der Erziehungsberechtigten, die erst in diesen Tagen erfolgte, brachte eine schwere Sorge. Auf der anderen Seite zeigt sich eine gesunde Auswirkung der Trennung von Kirche und Staat in dem frischen Zug, der durch den Katholizismus Frankreichs geht. Not macht erfinderisch. Ein Beispiel sind die großzügigen Kirchenbauten des Kardinals Verdier in Paris. 60 Kirchen in der Gegend sind sein Sofortprogramm, das nicht nur geistigen Segen für die Großstadtkatholiken bringt, sondern auch ein arbeitgebender Faktor von Bedeutung ist. Die lebendigen Kräfte der katholischen Religion zeigten sich auch wieder anlässlich der Festlichkeiten anlässlich des Jahresfestes der Befreiung von Orléans durch die hl. Johanna. Es ist mehr als ein Symbol, daß die Stadt dem Bischof von Orléans die Staburthe der Heiligen zur Obhut übergab. In einer Ansprache des Bischofs Marlotin von Saint-Dié kam zum Ausdruck, daß man in Jeanne d'Arc nicht nationalistiche Ideen verberliche. Die Heilige habe nicht den Krieg geliebt, sondern die Freiheit ihres Landes. Ergänzend sagte der Bischof von Orléans, daß von der großen heiligen Nationalheldin das Prinzip der Heimatliebe in die neue Zeit zu übernehmen

In Deutschland liegen bereits weit über 8000 Subskriptionen auf das Werk vor. U. a. hat das Bayerische Kultusministerium das Werk für sämtliche 168 höhere Lehranstalten bestellt, das preussische Kultusministerium 27mal für die preussischen Arbeitsgemeinschaften. Daß es sämtliche pädagogischen Akademien und Lehrerbildungsanstalten ebenfalls einstellt, ist selbstverständlich.

In der gesamten Presse und ganz besonders in der einschlägigen Fachpresse ist das Werk wiederholt besprochen und beurteilt worden und heute bereits so allgemein bekannt, daß es sich erübrigt, darüber noch ein Wort zu verlieren. Kompetente pädagogische Kreise stimmen in der Empfehlung überein mit den Regierungen, Kultusministerien, Provinzialschulkollegien, und nicht zuletzt auch mit den Aufzählern der katholischen Lehrervereine und des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen.

Trotz der an sich hohen Bandzahl ist übrigens die Anschaffung des Werkes heute nicht schwieriger als beispielsweise das Abonnement irgend einer Zeitung. Es werden im Jahre ungefähr drei Bände erscheinen, die jeweils einzeln nach Erscheinen bandweise geliefert und bedruckt werden. Zeitlagung in Monatsraten ist gestattet. Der aus 15 Bänden etwa bestehende Band hat einen Ladenpreis von 9.- M. — wobei Schwankungen nach oben und unten natürlich nicht zu umgehen sind; bei Subskription heute noch 10 Prozent Rabatt auf den regulären Ladenpreis. Die Belastung pro Jahr wird etwa M. 35.— betragen. Aber die hohe Bestellzahl beweist neben dem hohen Wert dieser Schöpfung die relative Leichtigkeit der Anschaffung.

Im Interesse der Wissenschaft, insbesondere der katholischen Erziehungswissenschaft sollte man die Einstellung des Werkes in jede Bibliothek, insbesondere auch der Schul- und Anstaltsbibliotheken möglichst überall veranlassen. A. M. H.

bach letzten Sommer bei gutgefinnten Freunden in seiner Bergheimat Vorarlberg untergebracht und heute können alle diese Ruben der schönen Erinnerung nicht vergessen. Zu Weihnachten haben sie ihren Pflegeneltern durchs Radio ihr Wunschsprüchlein hergesagt.

Dr. Gorbach hat mit seiner Seelsorgestation immer neue Pläne. Nächst hat er schulfähigen arbeitslosen Mädchen ein Heim geschaffen, die Aktion „Jugend in Not“. Arbeitslose Jungen, die für einander arbeiten, was sie in ihren glücklichen Lehrzeiten gelernt haben, fanden Obdach in seinem Hause, und noch dazu es zwei Stodwerke auszubauen, wenn Geld dazu da wäre. Er denkt an ein Heim für weibliche Krankenpflegerinnen — so etwas gibt es leider in ganz Wien noch nicht.

Inzwischen hat er schon den Grund zu einer neuen Seelsorgestation gelegt, die, auch nahe dem Gürtel, in Ottakring in einer einst sehr anrüchigen Straße entstehen wird. Eine Kirche, ganz aus Holz, ist bereits im Bau, und ein großer Spielplatz dazu wird der Jugend Gelegenheit geben, inmitten der Großstadt sich in gesunder Übung zu täfeln.

Segensreich ist auch das Wirken dieser drei Priester. Hart, wie der Anfang, ist ihr Weg, aber sie werden ihn gehen. Als Dr. Gorbach den Stall zu einer Kirche machte, prophezeite man ihm, es würden Sonntags kaum 20 Arbeiter in das Gotteshaus kommen. Und kommunistische Hezer wetteten in ihren Sprengelversammlungen, daß man diesen Landpfaffen das Leben sauer machen müsse. Heute steht der Erfolg der Vorarlberger Priester schon weit voran. Ueber ihr wahrhaft soziales, beispielgebendes Wirken wird die Zeit den Segen nicht ausbleiben lassen. Und wenn auch — sie haben ihre Talente richtig verwendet im Weinberge Gottes. Josef K. F. Naumann, Bregenz.

Katholische Auslandsrundschau

Bei Einzelinteressen mühten hinter dem Gesamtwohl stehen. Angewandt solcher vaterländischer Gesichtspunkte und Erwägungen berührt es eigentlich, daß man immer wieder — so neulich in einem Geheimschreiben des Innenministeriums — die nationale Zuverlässigkeit der Katholiken in Zweifel zieht. Man stelle in dem erwähnten Geheimschreiben der „Sirete Générale“ katholische Zeitungen auf eine Stufe mit den Anarchisten und Anarchisten, bedächtige sie der Propaganda für die Kriegsdienstverweigerung und verordnete ihre Überwachung. Mit vollem Recht protestierte das katholische Hauptorgan „La Croix“ gegen eine solche Entstellung der Tatsachen wie der katholischen Lehre. Auch die angegriffene Zeitschrift „L'Abbe“ vermahnte sich gegen die Vorwürfe und stellte fest, daß Propaganda für den Frieden noch lange keine Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung sei. — Erfreulich klingt die Nachricht, daß in diesem Jahre die Fronleichnamprozessionen im ganzen französischen Staat behördlichen Schutz genießt. In einer anderen Sache, nämlich um die Erhaltung der historischen französischen Kirche, rechnet man mit einem Eingreifen der Regierung. Es ist höchste Zeit, daß gefallene Kirchen von weltberühmter Schönheit und kunsthistorischer Bedeutung für Frankreich geschützt werden.

Japan

Christliche Caritas für verzweifelte Tuberkulöse

Ein Mitglied der Gesellschaft für Auswärtige Missionen in Paris, P. Joseph Flaujac, wurde bei seinen häufigen Besuchen im Städtischen Sanatorium Lofios von Witleid mit jedem Kranken erfüllt, die nach den bestehenden Bestimmungen, obwohl krank, das Heim verlassen mußten, ohne zu wissen, wo sie ein Obdach finden sollten. Viele begingen in Verzweiflung Selbstmord. Andere fand man tot am Rande der Straße, wieder andere fanden ein moralisch noch bedauerlicheres Ende. P. Flaujac mietete nun im Jahre 1929 ein kleines Haus, um solche Entwürfe des Lebens aufzunehmen. Im Jahre 1930 erlangt dann in der Nähe des Sanatoriums unter dem Namen „Haus Bethanien“ ein katholisches Heim für Tuberkulöse. Im Mai 1931 gründete man ein weiteres Heim für schwindsüchtige Frauen, das die Bezeichnung „Haus Nazareth“ erhielt. Das „Haus Bethanien“ wurde dann im Jahre 1932 erheblich erweitert. Im Oktober 1932 schritt man zur Gründung eines ländlichen Erholungsheimes in der Umgebung Lofios.

Ein wertvolles Zeitdokument für diese Art caritativen Wirkens der katholischen Kirche in Japan stellen vier Briefe aus Lofio dar, die dieser Tage durch Vermittlung des Apost. Delegaten in die Hände Bischof XI. gelangten. Der erste Brief trägt die Unterschrift von 530 Inoffizien des Städtischen und des Provinzial-Sanatoriums Lofio, die, obwohl zum größten Teile Nichtkatholiken, dem hl. Vater ihre Huldigung darbringen, von ihren Leiden, ihren Trübsal und dem Besuch des katholischen Missionars erzählen. Das zweite Schreiben einheimischer Krankenpflegerinnen, die in der katholischen Tuberkulosefürsorge tätig sind, bezeugt den Willen dieser Opferfrauen, durch die Macht der christlichen Liebe das japanische Volk für Christus zu gewinnen. Ähnlich drücken die Patienten des Hauses „Bethanien“ ihre Dankbarkeit für die empfangene Fürsorge aus. Wertvoll ist vor allem das Zeugnis der 20 Ärzte, der Verwaltungsratsmitglieder und der Pflegerinnen des Städtischen Sanatoriums Lofio, die, alle Nichtkatholiken, dem Wirken der katholischen Ordensfrauen, die in der Tuberkulosefürsorge tätig sind, das herliche Zeugnis ausstellen. Ihre festliche Liebe, die Gott ihr Leben weihen, ihr erlauchtes Beispiel, sei auch für sie, die Nichtkatholiken, eine Quelle des Glüdes, für das sie nicht genug danken können. Wie sehr die japanische Öffentlichkeit bereits das gemeinnützige Wirken der Katholiken auf diesem Gebiete der Caritas schätzt, beweist die Tatsache, daß Ende 1932 der Kaiser von Japan dem Werke 5000 Yen zur Verfügung stellte. (Rides.)

Indien

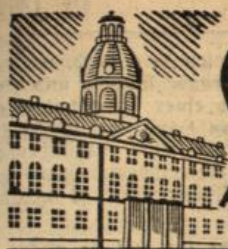
Ein Hindu überseht die Nachfolge Christi

In Kymmer hat ein Hindu Sri Ram Raju Euman, die best ersten Bücher der Nachfolge Christi unter dem Titel „Ivan Sutra“ (Lebensregel) herausgegeben. Die Hindu-Presse hat die Arbeit beifällig aufgenommen. — Dem Uebersetzer war anscheinend jene Uebersetzung unbekannt, die vor 10 Jahren bereits Rev. Konstantin Kornel, ein Mitarbeiter der amerikanischen Jesuiten in der Diözese Batna, besorgt hatte. Die Schuld liegt, wie uns ein Missionar schreibt, an den Katholiken, die ihre literarischen Schätze zu wenig bekannt machen. (Rides)

Der Sohn taucht die Eltern

Dieses ungewöhnliche Vorkommnis wird aus Bigagamatam (Madras, Indien) berichtet. In der dortigen Diözese hatte ein junger Inder die große Freude am Tage seiner Priesterweihe seine Eltern und mehrere andere Mitglieder seiner Familie taufen und am Tage darauf ihnen während seiner Priesterfeier die Kommunion austreten zu können. Der Neupriester, der einer heidnischen Familie entstammt, hatte eine katholische Schule besucht, sich trotz des Widerpruchs seiner Eltern taufen lassen und war schließlich in das Seminar von Trichinopoly eingetreten. Quersprende sich sein Vater und dann auch seine Mutter mit dem Gedanken, daß er katholisch geworden war und ließen sich dem selbst im Kathizismus unterrichten, so daß der Sohn am Tage seiner Priesterweihe den Trost hatte, sie persönlich in den Schoß der Kirche aufnehmen zu können.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. O. Färber



Aus der Landeshauptstadt



Erste Sitzung des neuen Bürgerausschusses:

Die Wahl der neuen Bürgermeister

Sozialdemokratische Fraktion ausgeschlossen - Wiedereinführung der Freiwilligen Feuerwehr

Karlsruher Querschnitt

Wir tun mit!

Die festlich aufgetragene Stimmung, die mit der würdigen und feierlichen Eröffnung des Karlsruher Gemeindeparlamentes am gestrigen Nachmittage verbunden war, ist heute vorüber. Der rauhe Werktag meldet sich wieder an mit seinen unerbittlichen Forderungen und wird sicherlich manchmal noch für unsere Stadtbücker zu einer harten Fron werden. Viele der jetzt in die deutschen Gemeindeparlamente Neuaufgezogenen sind in den Gemeindegeschäften ja noch unerfahren. Bringen sie guten Willen mit, soll's recht sein! Andere denken mehr an die Würde und halten die Würde leichter als sie ist. Sie werden durch die Erfahrung bald eines Besseren belehrt werden. Wieder manch andere, die auf ihre langjährige Erfahrung glauben pöchen zu sollen, stellen sich schmolend beiseite. Sie wollen auf den Augenblick warten, wo nach ihrer Meinung die andern nicht fertig werden können und sie dann das Erbe wieder antreten. Die Letzten und Besten sind die, die ohne Rücksicht um Günst oder Ungünst in die Breche springen, wo man sie brauchen kann. Sie lassen sich nicht lange bitten, sie sind da und handeln. Solche Männer braucht die Selbstverwaltung, brauchen wir in den kleinsten Gemeinden. Denn um die Gemeindeführer ist es nicht besonders gut. Ihre finanziellen Nöte sind ins Unermessliche gewachsen. Es fehlt an dem Notwendigsten. Einmal gab es eine Zeit, wo man keine Not nur auf den Markt hinauszufragen brauchte, um Hilfe vom Staat zu erhalten. Dieses „goldene“ Zeitalter ist aber heute endgültig vorbei. Zwar bemüht sich der Staat, die ärgsten Nöte der Gemeinden zu lindern. Aber er hat heute selbst seine liebe Last, die zur Erfüllung der dringlichsten Staatsausgaben notwendigen Mittel aufzubringen. Für die Gemeinden wird da naturgemäß nicht allzu viel abfallen können. Bleibt also nur der Weg der Selbsthilfe. Und der muß gegangen werden, wenn von anderer Seite keine oder nur unzureichende Hilfe zu erwarten ist. Die Zeiten sind gewiß für alle unsere Gemeinden schwer. Aber wir machen sie uns noch schwerer, wenn wir resignieren und die Hände in den Schoß legen. Wenn uns das Amt mehr ist als bloße Repräsentation oder gar als Ausdruck des Machtstrebens, wenn wir uns zum Dienst am Gemeinwohl nicht statt zum Herrschen über andere verpflichtet fühlen, wenn wir noch stark feimater Verbunden sind und die große Not dieser Heimat, unserer Gemeinde sehen, dann hat alles zurückzuführen vor der einen, großen Aufgabe: Die letzten Kraftreserven an gutem Willen und verantwortlichem Handeln in allen Lagern zu mobilisieren und in den Dienst für das Gemeinwohl einzuschalten. Die Zukunft des deutschen Volkes wird mitbestimmt durch das Verantwortungsbewußtsein und den Selbstbehauptungswillen derer, die in der Gemeinde stehen. Darum kann es für uns alle nur heißen: Wir tun mit!

Wonnemonat mit Wärmflasche

Dieser Mai, in den wir mit so hochgepannten Erwartungen hineingetreten sind, scheint sich beglücklich die bisherigen Bettlers zu einer sanften Seite auszuwaschen zu wollen. Da freute man sich schon das ganze Jahr gemächlich auf den von den Dichtern gepachteten Wonnemonat, man schwärmte — nicht nur als Amateurphotograph — vom verschönernden und in lebensschafflichem Ueberflang lobenden Blütenfeuer der Obstbäume, der Beerensträucher und der Zierbäume. Ihre zahllosen weißen und roten Blämmchen sollten Geäst und Raub überprüfen, daß weithin Wipfel und Büsche wie überhohlet leuchteten. Davon schwärmte man und freute sich auf die milden, kernklaren Abende bei Rotwein und Maibowle und träumte von Reisen und Wanderungen in die Wälder des deutschen Waldes. Nun aber scheint der Mai, genau wie wir kürzlich an dieser Stelle es befürchteten, bisher nur die leidige Erbschaft des April angetreten und als Konfursmasse ein ganzes Lager wohlfortierter Regenwolken übernommen zu haben. Kein Tag verging, an dem uns nicht eine dieser nassen Ueberflutungen zuteil wurde, bald waren es leichte Strichregen, bald Graupelböden, bald wolkenbrucharige Platzregen, dazu eine unwirksame Temperatur und frostige Winde: der April hätte es nicht besser fertig gebracht, uns von der Straße und den mit leuchtenden Lichtern bestedten Alleen der Kastanienbäume hinweg zu graulen, heim in die von neuem geheizten Wohnungen, um nochmals den Wintermantel herauszuholen und spazieren zu tragen. Vom blauen Himmel, der sonst so voll von Vorkaltpipen hing, war kaum etwas zu sehen, und auch die Sonne, die sonst die Dichter die ganze Skala ihrer Gefühle hinaufturnen ließen, machte sich rar. Die Zuverlässigkeit des Kalenders hat einen Knacks bekommen und auch alle wärmeren menschlichen Gefühle hüllten sich frostig in den Mantel allgemeinen Mißvergnügens. Die kleinen Dichterspyramiden und ehemals so hellen Blütenleuchter der Kastanien sind blind und glanzlos geworden, die Duftböden des Fieders tranken und rosten, und nur die Vögel trillern und zwitschern, wie es alendarische Vorschrift ist im Mai und plusterten zur Abwechslung frierend ihr nasses Gefieder auf den tiefendunnen Bäumen. Immerhin: Wir wollen noch nicht alle Hoffnung aufgeben, vielleicht läßt der Mai in seiner nun begonnenen, hoffentlich besseren zweiten Hälfte die Bäume nochmals ordentlich ins Kraut schießen und die Symphonie der Blumen aufzuschauen, so daß wenigstens diese wenigen Tage noch zum Reiter seines Rufes werden!

Würdiger Verlauf der Beratungen

Im großen Karlsruher Rathausaal, der schon viele denkwürdige Veranstaltungen gesehen hat, fand gestern nachmittags die erste Sitzung des Bürgerausschusses in seiner neuen Form statt. Saal und Tribünen waren reichlich geschmückt, im Vordergrund prangte ein riesiges Palmenkreuz, rechts und links und im Hintergrund des Saales leuchteten die neuen Fahnen des Reiches und die alten wohlvertrauten gelb-rot-gelben und rot-gelb-rotten Stadt- und Landesfarben auf, während sich Girlanden von Säule zu Säule schlangen und dem ganzen Bild einen feierlichen Charakter gaben. Die Nationalsozialisten waren in ihrer braunen Uniform, die übrigen in zivilem, aber ebenfalls dekorativ wirkendem Schwarz mit ihren Auszeichnungen erschienen.

während die sozialdemokratische Fraktion fehlte.

Vor gut besetzten Tribünen begann unter dem Präsidium des kommissarischen Oberbürgermeisters Jäger kurz nach 4 Uhr die erste Sitzung des neuen Bürgerausschusses, dessen Beschlußfähigkeit sich durch den Namensaufruf ergab.

Oberbürgermeister Jäger ergriff sogleich das Wort zu folgender Begrüßungsansprache

Meine Damen und Herren!

Als kommissarischer Oberbürgermeister eröffne ich die heutige Bürgerausschusssitzung, die rein äußerlich schon ein anderes Gepräge hat als ihre Vorgängerinnen. Der heutige Bürgerausschuss ist nicht gewählt nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung, er ist sozusagen berufen von der Staatsregierung, allerdings unter Zugrundelegung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl. Die NSDAP ist auf Grund der Wahlergebnisse in den heutigen Bürgerausschuss eingezogen mit einer absoluten Mehrheit, sie wird daher maßgeblich die Geschicke der Stadt und ihrer Bewohner beeinflussen.

Wir Nationalsozialisten sind uns der daraus sich ergebenden Verantwortung bewußt, wir sind bereit, dieselbe zu fordern und zu übernehmen; wir werden dabei uns gerne der Mitarbeit der anderen Parteien erfreuen.

Die Zahl der Stadtverordneten ist durch Regierungsverordnung gekürzt von 84 auf 45, der Stadträte von 24 auf 14; durch die heute zu erlassende Gemeindebefragung ist die Zahl der Bürgermeister auf 2 festgesetzt gegen bisher 4. Im Ganzen besteht der Ausschuss aus 61 Mitgliedern gegen 112 bisher.

Die Stadt Karlsruhe ist als Landeshauptstadt der Sitz des Reichsstatthalters, der badischen Ministerien, Landes- und Reichs-

behörden, sie hat damit die Verpflichtung, besonders loyal und freudig sich der Regierung zur Verfügung zu stellen, sie erhofft aber auch wohlwollende Beurteilung und Unterstützung der Belange der Stadtverwaltung.

Ich grüße die versammelten Mitglieder des Bürgerausschusses und bitte sie, auch ihrerseits als oberste Richtschnur ihrer Amtsführung das Wohl des Volkes, unserer Mitbürger gelten zu lassen. (Beifall.)

Die Sozialdemokraten und Liberalen ausgeschlossen

Der nat.-soz. Stadtrat und Fraktionsführer Worch wies sofort in einer Erklärung darauf hin, daß die Fraktion der NSDAP der ersten Sitzung ferngeblieben sei. Oberbürgermeister Jäger machte davon Mitteilung, daß die SPD-Fraktion aus Protest gegen ihre Nichtberücksichtigung bei der Wahl der Ausschüsse nicht erschienen sei, keinesfalls aber solle das Fernbleiben als Protest gegen die geplante Erhebung der verdienten Männer aufgefaßt werden. Mit dieser Erklärung des Oberbürgermeisters begnügte sich jedoch der nat.-soz. Fraktionsführer nicht und schloß auf Grund der Stimmenmehrheit seiner Fraktion die sozialdemokratische Fraktion für dauernd von den Bürgerausschusssitzungen aus, da der Marxismus in Deutschland seine Existenzberechtigung verloren habe. Ebenso verfuhr er mit der ehemals so starken liberalen Fraktion, die sich aber heute nur noch allein in dem Stadtverordneten Wernet verkörperte.

Nach diesem Intermezzo, das bei der nat.-soz. Fraktion großen Beifall fand, wurde in die sachliche Beratung der Vorlagen eingetreten. Der Inhalt dieser Vorlagen ist unseren Lesern ja schon hinreichend bekannt, so daß wir uns kurz fassen können. — Die erste Vorlage über die

Änderung der Gemeindebefragungen

wird von Oberbürgermeister Jäger begründet. Der Stadtverordnetenvorstand sowie die übrigen Parteien stimmen ohne Debatte der Vorlage zu, die damit einstimmig angenommen ist.

Die Wahl der Bürgermeister

wird hierauf unter Leitung von Stadtrat Worch (NSDAP) vorgenommen, der auch den Vorschlag der beiden Kandidaten begründet. Zwei Gesichtspunkte seien vor allem maßgebend gewesen: die charakterliche Eignung und die sachliche Befähigung.

Die Reichswohlfahrtshilfe

145 000 RM. Maibetrag für Karlsruhe

Wie gemeldet wird, hat der Reichsminister der Finanzen den Landesregierungen mitgeteilt, daß er die Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 75 Millionen RM. für den Monat Mai festgesetzt hat. Gegenüber den früheren Monaten bedeutet das eine Verabfolgung um 5 Millionen RM. Die Stadt Karlsruhe, die für März eine Reichswohlfahrtshilfe von rund 100 000 Reichsmark erhalten hatte, kann für den Monat Mai mit einer Reichswohlfahrtshilfe von rund 145 000 RM. rechnen. Von diesem Betrag gehen wieder 20 Prozent in den Landesausgleichsfonds zur Erleichterung der besonderen kommunalen Notstände. Im Reichskabinett schweben seit geraumer Zeit Erwägungen über eine Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge, die nach den Informationen des genannten Ministeriums zum Beginn des neuen Rechnungsjahres 1933/34 — 1. Juli 1933 — in Kraft treten soll. Die Bestimmungen gehen dahin, daß die Gemeinden sich auf die Armenfürsorge beschränken sollen.

Auflösung marxistischer Wohlfahrtsverbände

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Durch Erlass vom 30. März 1933 wurden folgende marxistische Wohlfahrtsvereinigungen aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt: die Internationale Arbeiterhilfe, die Rote Hilfe, die Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiteramariterbund. Das beschlagnahmte Vermögen und alle Einrichtungsgegenstände der aufgelösten marxistischen Wohlfahrtsvereinigungen sind dem nationalsozialistischen Wohlfahrtsdienst bzw. dessen örtlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Silberne Hochzeit. Am 19. Mai d. J. feiern in körperlicher und geistiger Frische die Eheleute Thomas Kohle, Postsekretär, und Maria Kohle geb. Brehm, das Fest der Silbernen Hochzeit. Das Jubelpaar ist schon seit 25 Jahren treuer Abonnent des „N. N.“. Wir gratulieren zum schönen Fest und wünschen den Jubilaren alles Gute für ihre weitere Zukunft!

Führungen in der Klinger-Ausstellung. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Zu der wertvollen und interessanten Ausstellung der Graphik Max Klingers ist die Badische Kunstschule bereit, für Schulen und Vereine besondere Führungen zu veranstalten. Meldungen dafür mit Angabe der gewünschten Zeit sind an das Sekretariat der Badischen Kunstschule zu richten.

Warnung vor Steuerfahrtage

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Von verschiedenen Kreisen wird die Zahlung der zu Recht bestehenden Steuern des Staates und der Gemeinden zu umgehen versucht. Zur Sicherung des Kultur- und Wirtschaftslebens des Landes Baden und zur Durchführung der Aufgaben der nationalen Regierung, die in weitem Maße den Verarmen unseres Volkes wieder zum Brot verhelfen sollen, kann es unter keinen Umständen geduldet werden, daß dem Staat und den Gemeinden die unbedingt erforderlichen Steuermittel vorenthalten werden. Die badische Regierung hat schon in der ersten Zeit ihres Wirkens durch einen großzügigen Nachlaß der überhöhten Grund- und Gewerbesteuer, der Gebäudesteuer in begründeten Einzelfällen und der Fleischsteuer die bestehenden Härten zum großen Teil gemildert. Die Regierung erwartet daher, daß alle Steuerpflichtigen nach besten Kräften ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen nachkommen. Wer trotzdem die Zahlung der Steuern zu umgehen versucht, hat rücksichtslos die Bekrafung zu gewärtigen und muß es sich gefallen lassen, daß er als Gegner der nationalen Regierung gebrandmarkt wird.

Die neuen Bürgermeister

Der neue Oberbürgermeister Adolf Jäger stammt aus Emmendingen und ist am 26. Juli 1878 geboren, er steht also heute im 60. Lebensjahr. Er stand zunächst als mittlerer Beamter im Staatsdienst und trat 1903 zur Stadtverwaltung Karlsruhe über. Jäger war beim Stadt. Rechnungssamt bis zum 12. November 1928 zuletzt als Vorstand tätig. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte seine Ernennung zum Direktor der Stadthauptkasse. Diesen Posten hatte er bis zur Berufung zum Oberbürgermeister inne. Im Kriege leitete Fritz Jäger das Stadt. Nahrungsmittelamt. Seit November 1930 gehörte Jäger als Mitglied der NSDAP dem Stadtrat an. Bürgermeister Dr. Hermann Fribolin ist gebürtiger Karlsruher und am 26. November 1886 geboren. Er studierte in München und Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaft, bestand im Frühjahr 1910 die erste juristische Staatsprüfung und im Herbst 1913 das Assessorexamen, um dann bei der Landesgefängnisdirektion Mannheim im Staatsdienst verwendet zu werden. Dr. Fribolin zog als Kriegsfreiwilliger mit dem ersten Badischen Feldartillerieregiment Großherzog (Nr. 14) ins Feld. Er stand während der vier Kriegsjahre fast ununterbrochen an der Front, zuletzt als Batterieführer. In den Jahren 1919—1921 sehen wir ihn als Amts- und Staatsanwalt in Mannheim, von 1921—1927 als Gefängnisdirektor in Karlsruhe, von 1927—1928 als Amtsgerichtsrat daselbst. Im Dezember 1928 wurde Dr. Fribolin zum Landgerichtsrat in Karlsruhe ernannt, wobei er zuletzt als Untersuchungsrichter des Reichsgerichts amtierte. Vor seinem Uebertritt zur NSDAP war der neue Bürgermeister Mitglied der DVP.

Das neue
Stil-Speisezimmer
zu nur 750.-Mk.
finden Sie
im Möbelhaus **Ch. Sitzler** Kaiserstr. 124b

gung. Zur Vornahme des Wahlauftrags, der eine halbe Stunde in Anspruch nimmt, muß die Presse den Saal verlassen.

Bei der Prüfung der abgegebenen Stimmen wurde festgestellt, daß insgesamt 46 Stimmgabeln für die Wahl des Oberbürgermeisters Jäger abgegeben wurden, einer davon war ungültig, die übrigen 45 lauteten für die Wahl Jägers. Das Wahlergebnis für Dr. Frisolin war dasselbe. Damit sind die beiden gewählt. (Großer Beifall im Saal und auf den Tribünen.)

Im Zusammenhang mit der Wahl werden dann sogleich auch die

Dienstverträge mit Oberbürgermeister Jäger und Bürgermeister Dr. Frisolin zur Diskussion gestellt. Und zwar war die ursprüngliche Fassung zurückgezogen und dafür eine neue Vorlage eingebracht worden, die die freie Wohnung, Heizung und Licht für Oberbürgermeister Jäger in Wegfall kommen ließ und das Gehalt des zweiten Bürgermeisters auf monatlich 900 Mark reduzierte. Diese abgeänderte Vorlage wird nach einer kurzen Interpretation Wörchs, der die Staffellung der Gehälter entsprechend den vermehrten Leistungen begründete und erklärte, einen Achtstundentag gebe es vom Baurat an aufwärts nicht mehr, einstimmig angenommen.

uns richtiger, daß nicht die Gemeinde als solche reich wird, sondern daß es deren Einwohner werden. Wohlhabende Bürger und eine tüchtige Arbeiterkraft sind für den Bestand einer Gemeinde wertvoller, als ein reicher Besitz der sogenannten Toten Hand.

Die der Gemeinde verliehenen und von ihr auszuübenden Hoheitsrechte, sowie die Verwaltung des Gemeindevermögens erfordern einen sorgfältig ausgebildeten, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Beamtenkörper.

Solange die Beamtenschaft ihre Pflicht tut, hat sie auch Anspruch auf Achtung und Ansehen,

die ihrem Amte und ihrer Arbeit zuteil kommen. Es sollte nicht vorkommen, daß einzelne Mitbürger glauben, für irgend eine Veranlassung irgend einen Beamten verantwortlich machen zu müssen. Wenn der angegriffene Beamte im Recht ist, werden wir uns vor ihn stellen und ihn schützen.

Die Arbeiterkraft soll in uns einen warmen Verehrer ihrer berechtigten Forderungen erblicken können. Entsprechend der Verkleinerung der Vertretungskörper der Gemeinde, des Stadtrates und des Bürgerausschusses, wollen wir bestrebt sein, die noch zu bildenden

Kommissionen und Ausschüsse mit weniger Mitgliedern zu besetzen,

sie dadurch beweglicher machen und insbesondere auch Mitbürger, die nicht Stadträte und Stadtoberordnete sind, mehr als bisher zu ehrenamtlicher Mitarbeit heranzuziehen.

Wenn es uns gelingt, mit Ihrer Unterstützung und Mitarbeit diese unsere Ziele zu erreichen, wenn wir unsere Gemeinde wieder das Vertrauen zu sich selbst gegeben haben werden, dann werden auch unsere Bemühungen in greifbarer Nähe gerückt sein, nämlich die Freiheit des Schaffens und Wirkens in gemeinsamer Arbeit, der Friede der Stände und Klassen unseres Volkes untereinander und damit der Friede der Stadt, der Segen des täglichen Brotes.

Zum Glück dieser Dreifaltigkeit: Freiheit, Friede, Brot, muß aber noch ein anderes treten: das schimmernde Gewand der Freude, der Freude an der Arbeit, der Freude an der schöpferischen Kraft unserer Künstler, Wissenschaftler, Erfinder, ja der Freude am eigenen Leben und Erleben, der Lebensfreude schließlich.

Der Dreiklang soll zum Vierklang werden und bedeuten Freiheit und Friede, Brot und Freude. Nach ihm wollen wir leben und streben mit dem einzigen Ziele, alle diejenigen, die heute noch uns fremd oder gar feindselig gegenüberstehen, zu überzeugen, daß es uns mit unserem Vollen ernst ist, daß wir kein anderes Ziel kennen, als das, unserem Volke zu dienen mit aller Kraft, deren wir fähig sind. Und wenn wir einst wieder vor Sie hintreten, um Rechenschaft abzulegen, dann wird es unser Lohn und unsere tiefste Befriedigung sein, wenn Sie uns Entlastung geben, wenn Sie uns bestärken, daß wir sorgsam Haushälter und getreue Anwälte gewesen sind.

Dann aber ist auch die Zeit gekommen, die das Wort wahr macht:

Ein Volk und ein Gott. Ein Gott, dessen Segen zu unserem schweren Werke wir herabflehen.

Dann wird endlich Erfüllung werden dem versöhnungsvollen Dichterswort:

Das ganze Deutschland soll es sein!

Auf die Rede folgte das Deutschlandlied, das von allen Anwesenden lebhaft gesungen wurde. Darauf ergriff Bürgermeister Dr. Frisolin das Wort, um sich in einer sehr realpolitisch gehaltenen Rede zu den Dingen seines Ressorts zu äußern. Er führte aus:

Das Programm der neuen Männer

Unterstützung der Privatunternehmen / Die Grenzlandnöte / Vermögen der Stadt im Steigen begriffen

Inzwischen hatten sich in den Seitengängen die Mitglieder der hiesigen Feuerwehrkapelle und des Männergesangsvereins Silberbund eingefunden, die die musikalische Umrahmung zu dem nun beginnenden

Festakt

geben sollten. Das Vorspiel des II. Aktes zum Festspiel Hermanns Contraktus, der König von Reichenau, gespielt von der Feuerwehrkapelle, leitete würdig die Feier ein, dem sich das dem Wahlauftrage angepaßte Lied „Gott grüße dich“, gesungen vom Männergesangsverein Silberbund, folgte. In seiner Programmrede führte Oberbürgermeister Jäger folgendes aus:

Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Mit dem heutigen Tage hat die nationalsozialistische Bewegung die Verwaltung der Stadt Karlsruhe übernommen, sie wird diese nach ihren Grundzügen führen, das bedeutet:

in wirtschaftlicher Beziehung:

Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinde im Sinne der Bestrebungen des Führers, vom Stein; das heißt, es soll gegeben werden der Gemeinde, was der Gemeinde ist, und ihrer Bürgerschaft, was der Bürgerschaft ist. Die Gemeinde soll anregen, führen und verwalten, und die Bürgerschaft ausführen und unternehmen; damit ist kein Raum für Selbstbetätigung der Gemeinde auf den Gebieten, die dem Privatunternehmertum vorbehalten sind, und kein Recht zum Konkurrenzkampf der Gemeinde gegen ihre eigenen Mitbürger. Alle wirtschaftlichen Experimente, alle, auch die leisesten Sozialisierungs-Bestrebungen werden wir ablehnen.

Wir wollen den privaten Unternehmerrgeist unterstützen, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schaffen und damit, im eigenen Interesse der Gemeinde, die Steuerkraft der Bürger stärken.

Diese Steuerkraft ist schonlich zu behandeln, weil der Reichtum eines Landes, einer Gemeinde nur in der Steuerkraft ihrer Bürger, nicht im Ansammeln von Betrieben, Unternehmungen, Grundbesitz, Kapitalien liegt. Die Steuern sind Opfer der Bürger, und wehe der Regierung, die diese Opfer leichtfertig vergeudet. Lebenswichtige Betriebe mit Monopolcharakter, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerte usw., müssen im Eigentum der Gemeinde und unter der Kontrolle ihrer Bürger bleiben, damit nicht über den Umweg des Monopolbetriebes ein Verbrauchssteuerrecht an unverantwortliche Einzelpersonen, oder anonyme Gesellschaften mit unbeschränkter Profitgier aus der Hand gegeben wird. Diese Monopolbetriebe sollen so geführt werden, daß sie den gemeinsamen Interessen der Bürger und der Gemeinde dienen. Eine gesunde Tarifpolitik der Werke und Bahnen soll den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht werden, der Rheinhafen noch mehr zum Ausgangspunkt des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft gemacht werden. Die Förderung der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Verkehrs sind bedeutungsvolle Aufgaben einer Gemeindevverwaltung.

Die Unterstützung des Reiches für das Grenzland Baden und damit auch der Stadt Karlsruhe wird nachzusuchen, insbesondere aber auch der Weg der Selbsthilfe zu gehen sein für Fremdenverkehrs- und Luftfahrtsweesen. Mit dem Verkehrswesen eng verbunden ist

die Pflege unserer Straßen,

hier besteht die Möglichkeit einer Unterstützung bei Durchführung des von der Reichsregierung ins Auge gefaßten Planes des Baues eines Autobahnnetzes von über 4000 Kilometer Länge. Die Vorarbeiten der Gafra für die Autobahn Frankfurt-Basel werden von besonderer Bedeutung sein für den Anschluß der Stadt Karlsruhe an den Nord-Südverkehr. Es ist beabsichtigt,

die städtischen Bauämter von all den Arbeiten zu entlasten, die vorteilhafter vom privaten Baugewerbe und der freischaffenden Architektenschaft ausgeführt werden.

Die Sanierung, Entsumpfung und Entschonung der Rheinmündung soll im Wege des Arbeitsdienstes in die Wege geleitet werden.

Wir hoffen, daß eine in Aussicht stehende Zinsenkung sich für den Renhausbau vorteilhaft auswirken, der Althausbesitz durch Senkung und Nachlässe von Gebäudesteuer entlastet wird.

Die Einschätzung der Gebäude zur Brandversicherung nach Gefahrenklassen soll dem städtischen Hausbesitz eine Senkung seiner Aufwendungen bringen und eine Gegenleistung sein an die Städte für deren außerordentlich große Ausgaben für Feuerchutz.

Es sollen Verhandlungen eingeleitet werden zur

Wiedergründung einer freiwilligen Feuerwehr

als vorteilhafte Ergänzung der städtischen Berufsfeuerwehr. Der ehedem Handwerker, der ehedem Kaufmann müssen diejenige Wirtschaftsgewinnung pflegen, die aus Treue und Glauben, Pflicht und Ordnung das Vertrauen wieder herstellt, das uns in den vergangenen Jahren verloren ging.

Der von uns in die Wege geleitete und durch Zinsenkung zu befruchtende Wiederaufstieg der Wirtschaft soll die Grundlage sein für die Förderung der Kultur, Kunst und Wissenschaft als derjenigen ethischen Werte, die letzten Endes immer wieder stärker sind als unchristlicher Materialismus. Sie sind es, die uns über den Alltag erheben, uns reich und glücklich machen.

Unsere Kultur und Kunst sollen wieder deutsch werden, sie sollen uns wieder schenken die Güter und Werke schaffender deutscher Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler. Nur dann, und nur dann, rechtfertigen sie die Steuer- und Opfergaben unserer Mitbürger. Unsere Bibliotheken, Museen, Künstlerwerkstätten sollen uns eine aus den Herzen kommende und zu Herzen gehende Kultur vermitteln, damit unser Volk und namentlich unsere Jugend wieder gesund werden in ihrem Denken und namentlich unsere Jugend wieder gesund werden in ihrem Denken und namentlich unsere Jugend wieder gesund werden in ihrem Denken, sie fordert verständnisvolle Unterstützung durch unsere Mitbürger in Gestalt tätiger Mitarbeit und geistlicher Zuwendungen namentlich derjenigen Kreise, deren äußere

Lebensgewohnheiten uns ein Opfer erwarten lassen. Es sollte kein Zweifel möglich sein, daß der Opferinn unserer heutigen Generation sich nicht zurückstellen läßt hinter den Opferinn und die Bürgergenossen der Generationen der mittelalterlichen Städte, die damals, heute noch bewunderte Junghäuser, Rathhäuser, Kirchen, Münster und Dome entstehen ließen.

Sorgfältiger der Kunst und der Kultur für die Stadt sind das Staats-Theater und der Stadtgarten.

Wir appellieren an die Hilfe unserer an Einkommen oder Vermögen bezogenen Mitbürger, seien sie Beamte, freie Berufe, Kaufleute, Gewerbetreibende. Sie haben die Pflicht des Opfers durch Beteiligung an den Theater- und Stadtgarten-Abonnements. Sie haben aber auch die Pflicht, den bildenden Künstlern verständnisvolle Förderer zu sein.

Die Pflege der Schulen und der Leibesübungen soll wie bisher uns eine Angelegenheit des Herzens, die Erziehung der Jugend unser größter Stolz sein, da nur die Jugend den Weiterbestand unseres Volkes gewährleistet.

Die Grundlage jedes privaten und öffentlichen Haushaltes sind geordnete Finanzen

Wirtschaftliche Verwendung der Gelder soll das Gewerbeleben unserer Mitbürger befördern, jede Senkung der volkswirtschaftlich so unproduktiven Fürsorgeausgaben soll zur Steigerung städtischer Aufträge und Senkung der Steuern verwendet werden, die Aufnahme neuer Schulden nur noch gestattet sein für Unternehmen und Arbeiten, deren Ertrag die Gewähr für Leistung von Zins und Tilgung bietet.

Sorgfältige Verwaltung des Gemeindevermögens ist eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeit ist eine vielseitige und umfangreiche, ist doch die Stadtverwaltung der größte Grundbesitzer, der größte Kapitalbesitzer, der größte Betriebsunternehmer, aber auch der größte Schuldner innerhalb der Gemarung.

Das Vermögen der Stadt ist in stetem Steigen begriffen

durch Erstellung, Verbesserung und Ausbau von Werken und Unternehmungen aus Anleihemitteln, deren rasche Tilgung und Abschreibung zwingend immer neuen Vermögenszuwachs bedeutet. Volkswirtschaftlich ist dieser Verlauf nicht erwünscht. Es scheint

„Mitarbeit und Unterstützung aller Kreise“

Siehe Mitbürger!

Aus den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters werden Sie entnehmen haben, unter welchen Gesichtspunkten die Verwaltung der Landeshauptstadt Karlsruhe in der jetzigen neuen Zeit der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes weitergeführt werden soll. Erstes Ziel der neuen Stadtregierung wird sein, in enger Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden Stellen das Wohl jedes einzelnen Bürgers nach Möglichkeit zu fördern, wobei kein Unterschied nach Stand oder Person, Herkunft und Vermögen gemacht werden soll.

Die Aufgabe ist, wenn sie erst ernst genommen wird, eine außerordentlich schwere und bedarf daher des stärksten gegenseitigen Vertrauens zwischen Behörde und jedem einzelnen Volksgenossen.

Von dieser Stelle aus bitte ich Sie alle, die Überzeugung zu haben, daß wir Bürgermeister uns immer nur fühlen werden als die ersten Diener unserer Stadtgemeinde, und daß bei allen Entscheidungen, die wir fassen, uns nur der heilige ethische Wille leiten wird, der Gesamtheit zu nützen und dem einzelnen Mitbürger zu helfen, soweit dies irgendwie in unseren Kräften liegt.

Ich bitte, dabei aber nicht verkennen zu wollen, daß, wie alles auf Erden, beengt und unvollkommen ist, auch für uns Grenzen gezogen sind, die nicht überschritten werden können.

Dies mag in Einzelfällen zu Härten und scheinbaren Unverständlichkeiten führen. Das wird sich bei der Wechselseitigkeit der vielfachen bei der Stadtverwaltung zusammenlaufenden Interessen nie ganz vermeiden lassen; denn das Wunderbare ist, es allen recht zu machen, ist heute leider noch nicht gefunden worden. Das jedoch bitten wir Sie uns zu glauben, daß jede Entscheidung von uns nach bestem Wissen und Gewissen, vor allem gerecht und unbefleckt von selbsttätigen Interessen, gefällt werden soll, so wie sich dies vor Gott und dem uns anvertrauten Amt verantworten läßt.

Wenn gerade ich als der Bürgermeister, dem die Abteilungen des Fürsorgeamts und Bauwesens, also die Ressorts der früheren Bürgermeister Sauer und Schneider, unterstellt worden sind, diese Leitstelle besonders betone, so werden Sie gewiß Verständnis dafür haben, wenn Ihnen bekannt ist, wie unstritten gerade diese Gebiete der gemeindlichen Vertätigung in der Öffentlichkeit sind und wie schwer es ist, hier immer das Richtige zu treffen und gleichzeitig damit auch die sich oft stark widersprechenden Belange der Stadt und der verschiedenen Bevölkerungsgruppen miteinander zu vereinen und zu versöhnen.

Ich muß deshalb hierbei ganz besonders auf die verständnisvolle Mitarbeit und Unterstützung aller beteiligten Kreise vertrauen;

wird mir diese zuteil, dann zweifle ich nicht, daß bei allseitigem gutem Willen, sich selbst in den schwierigsten Fragen ein gerechter Ausgleich zwischen allgemeinen und Einzelinteressen wird finden lassen. Andernfalls hätten wir nicht den Sinn und wahren Zweck der nationalsozialistischen Grundidee der Volksgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit verstanden!

Gestatten Sie mir nun, daß ich aus den Gebieten der mir unterstellten Verwaltung einige die Allgemeinheit besonders

interessierenden Probleme Kreise und Aufklärung gebe. Nach wie vor wird der städtische Haushaltsplan am stärksten belastet durch die

gewaltigen Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge. Rund 8 Millionen Mark, das sind ein Fünftel der städtischen Gesamteffektivausgaben, müssen für die rund 16 500 Unterhaltungsempfänger-Parzellen aufgebracht werden.

Daraus ergibt sich, daß etwa 30 000 Menschen in Karlsruhe, also rund ein Fünftel der gesamten Einwohnerzahl, aus städtischen Mitteln unterhalten werden, wozu noch mehrere tausend Erwerbsloser kommen, die vom staatlichen Arbeitsamt betreut werden müssen. Wer es weiß und fühlt, wieviel Not, Elend und Verzweiflung sich hinter diesen kalten Zahlen und Berechnungen verbirgt, der wird verstehen, daß es die dringlichste Pflicht und Aufgabe der Stadtverwaltung ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dieses Massenunglück zu bekämpfen und nicht unverzagt zu lassen, um eine möglichst große Anzahl dieser bedrängten Volksteile wieder in einen geordneten Arbeitsprozeß einzuführen; nicht nur aus rein materiellen Gründen, sondern vor allem zu dem ethischen Zweck, diesen Volksgenossen wieder den Glauben an sich selbst und ihre Volksgemeinschaft zurückzugewinnen. Jeder deutsche Arbeiter, der auf diese Weise aus der niederdrückenden Stumpfheit eines arbeitslosen Lebens der Arbeit zurückzugeben und dem einen wertvollen Baustein an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Erfreulicherweise darf ich Ihnen mitteilen, daß seit dem Beginn der staatlichen Neuordnung im März d. J. also seit der durchgeführten Stadterweiterung des Staates und der Gemeinden durch die nationalen Regierungen bereits ein deutlich merkbarer Stillstand der bis dahin fast ununterbrochen gestiegenen Arbeitslosenzahlen

eingetreten ist. Wenn sich die seit langem anbahnende Belebung des Arbeitsmarktes ungehindert weiterentwickeln kann, so ist die Hoffnung berechtigt, daß wir den Höhepunkt der Wirtschaft- und Arbeitskräftelieferungen haben und endlich einmal etwas leichterem Herzen in die Zukunft schauen dürfen. Im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten wird auch die Stadt Karlsruhe diese Entwicklung fördern und weiter zu treiben versuchen. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß im laufenden Jahre neben den bereits in Angriff genommenen Arbeiten zur Verbreiterung des Rheinbahnstreckens und der Umlegung des Heberbaches mit Hilfe des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, die Erstellung einer geschlossenen Markthalle am alten Bahnhof, sowie einer

größeren Anzahl von Sieblungshäusern in der vorstädtischen Randhebung im Gemann Großhardbäder

südlich des Pulverhauswegs, ferner der Umbau des Wirtschaftsanwesens Schloß Klein-Müppurr zu Schulräumen und die Erneuerung der Weinbrennerstraße und der östlichen Kaiserstraße vorgezogen sind. Alle diese Arbeiten in Verbindung mit den demnächst beginnenden Vorarbeiten zur Errichtung einer festen Rheinbrücke bei Magaz und der Zufahrtsstraße dazu werden es ermöglichen, in allernächster Zeit Hunderten von Erwerbslosen eine dauernde Beschäftigung zu geben und dadurch vielleicht Mittel für andere Zwecke, insbesondere produktiver Art wie z. B. für Bauunter-

10% Dietrichs Jubiläums-Verkauf 10%

schluß: Samstag, 20. Mai

Rabatt auf alle Waren: Mäntel — Sportanzüge — fertige Anzüge — Hemden — Krawatten — Handschuhe — Strümpfe — Rabatt auf alle Waren

Jagd nach Millionen

ROMAN VON GUSTAV REHFELD

„Ja, und ich erwiderte ihm, meine Mama sei krank. Da sagte er, das sei ihm gleich, die Polizei frage nichts danach. Einmal sei es uns gelungen, mit Hilfe eines guten Freundes der Behörde ein F für ein M zu machen, damit sei es aber nun vorbei. Wir hätten einen jungen, vornehmen Mann an uns gezogen und ihn ausgebeutet.“

„Wieder dieser Unfinn!“ rief Bassewitz empört. „Damit meinte er doch gewiß wieder den jungen Freiherrn von Berfen?“

„Ja!“ sagte Carmen erglühend. „Ich sagte ihm, dieser junge Mann sei unser Verwandter — wir hätten ihn durchaus nicht ausgebeutet, und überdies wäre er längst von hier abgereist!“

„Da haben wir's!“ nickte Bassewitz seinem Neffen zu. „Es handelt sich hier um eine neue Verfolgung dieses Verwandten, der jede Beziehung zu Ihrer Frau Mama — er sah Carmen dabei an — und zu Ihnen leugnet!“

„Ich weiß es — Ihre Frau Mama hat es mir anvertraut!“ versetzte der alte Herr ernst. „Der Freiherr von Berfen, der Vater des jungen Berfen, benutzt den Zeitpunkt, da die armen Frauen allein, hilflos und mittellos sind, den widerwärtigen Krieg, den er ihnen erklärt hat, von neuem zu beginnen!“

„Oh!“ rief Sternau mit schönem Eifer. „Ich gehe heute noch zu ihm hin — ich werde ihm sagen, wie ich über sein Verhalten denke, — von nun an soll er es mit mir zu tun haben!“

Bassewitz schüttelte wehmütig lächelnd den Kopf. „Nieber Gugo, der Freiherr ist noch einmal so alt als du. Wenn du ihn forderst, würde er dich verachten, — er würde dich beim Gericht anklagen! Und deine Gefühle für Fräulein Carmen würde er ebenso verdächtigen wie die väterliche Zuneigung des Geheimrats Conzertius, — es würde ihm ein willkommener Anlaß sein, die infame Maßregelung seitens der Polizeibehörde schneller durchzuführen, wenn er sie nicht schon durchgeführt hat, was ich nach dem heutigen Besuch des Polizeileutnants allen Grund habe, zu vermuten. — Nicht wahr, mein Kind“, fuhr er zu Carmen gewandt, fort, „er drohte Ihnen mit der Ausweisung aus Deutschland?“

„Woher wissen Sie das?“ stöhnte das junge Mädchen besäimt.

„Er hat es zu Frau Fischer gesagt! Da er auch von uns, die wir die Ehre hatten, uns Ihre Freunde zu nennen, in gemeiner, verletzender Weise sprach, kam die brave Frau, uns zu benachrichtigen, worauf wir sofort zu Ihrem Schutze herbeieilten. Auch rief er es Ihnen, ehe Sie ohnmächtig wurden, ja noch einmal zu!“

„Ausweisen will und wird man uns!“ stöhnte Carmen. „Dah, da sind wir denn doch auch noch da!“ prahlte Sternau.

Bassewitz hatte dem erregt Sprechenden achselzuckend zugehört. „Sie sind eben“, sagte er dann mit humorvoller Miene, „beide Ausländerinnen! Und das eben gibt dem Freiherrn von Berfen die gewünschte Handhabe. Durch seinen Einfluß, wohl auch durch sein Geld beschleunigt er die Sache! Sinaus mit ihnen, befiehlt er seinen Helfershelfern, wir haben nichts zu befürchten! Sie stehen allein, sie sind mittellos, sie haben niemand, der zu ihren Gunsten die Stimme erheben könnte. Also hinaus mit ihnen, bringt sie über die Grenze!“

„Dank, ich kenne die Gesetze nicht“, sagte Sternau, „aber du kennst sie!“

„Das ist wahr — ich kenne sie! Was willst du damit sagen?“

„Haben wir nicht ein Gesetz, nach welchem die Nationalität der Frau dieselbe wie die des Mannes ist?“

Der würdige alte Herr machte ein eigentümlich erstauntes Gesicht und sah den Neffen ganz kurios an. „Allerdings, mein Junge, ein solches haben wir. Ich kann dir zwar den Paragraphen nicht nennen, aber daß wir ein solches haben, steht fest!“

„Wie nun, wenn Fräulein Carmen die Gattin eines Deutschen würde — so gleich, das heißt in aller kürzester Frist — wäre sie dann nicht auch eine Deutsche?“

„Gewiß, das wäre sie.“

„Könnte man sie dann auch noch des Landes verweisen, sie oder ihre Mutter?“

„Sie nicht, da sie ja als Gattin eines Deutschen eine Deutsche ist, und ihre Mutter nicht, weil sie dem Haushalt eines Deutschen als dessen nahe Verwandte angehört!“

Mit theatralischer Geste wandte sich jetzt Sternau an Carmen, die dem Gespräch der beiden voll zitternder Ungeduld gefolgt war.

„Mein Fräulein“, sprach er mit schönem Pathos, „ich hätte es nie gewagt, aber jetzt zögere ich nicht länger! Diese Hand, die ich Ihnen reiche, ist die eines Mannes, welcher sie leidenschaftlich liebt! Legen Sie die Ihrige hinein — ich flehe Sie um Ihrer Mutter, um Ihrer, mehr noch als meiner wegen an, legen Sie diese kleine weiße Hand hinein, und werden Sie eine Deutsche vor dem Gesetz, wie Sie es längst durch Erziehung und Gesinnung sind! Werden Sie eine Deutsche, um derentwillen, die Sie so zärtlich lieben! Ich schwöre Ihnen — ich denke in diesem Augenblick nicht an mein Glück, ich denke nur an Sie, an das Ihrige!“

Er schwieg, während er die Hand ausgestreckt hielt — schwieg, zwischen Furcht und Erwartung schwebend — und man hörte nichts als die leisen Worte des alten Herrn, der sich eine Träne — freilich eine unsichtbare — aus dem Auge wusch und dabei wiederholt sagte: „Das ist recht — das ist recht! Guter, braver Junge!“

Was Carmen in dieser Minute durchlebte, war eine Welt voll unaussprechlicher Qual. Der, welcher ihr die Hilfe aus aller Not brachte, verlangte dafür ja mehr von ihr als ihr Leben. Auf alles, was bisher ihr Glück, ihre Hoffnung ausgemacht hatte, sollte sie verzichten, ihre Liebe verraten, den geleisteten Treueid brechen, selbst ihr Herz zerreißen!

Aber zur selben Zeit sah sie in ihrer Vorstellung auch ihre geliebte Mutter in den Händen der Schergen. Sie sah dieselbe aus dem Bett gerissen, notdürftig bekleidet davongeschleppt — hinaus ins Elend, in die Fremde, die sie auch nicht behalten würde — sie sah die Teure vor Kummer und Entbehrungen aller Art enden — ein Schicksal, vor dem sie allein sie retten konnte.

Und da bezwang sie sich. Gleich wie der Tod legte sie ihre kleine Hand in die Sternaus, der sofort auffauchtete. „Ah, mein Fräulein, geliebte Carmen — mein ganzes Leben soll Ihnen gehören, soll der Dankbarkeit, der Liebe für Sie gewidmet sein!“

Mit klangloser Stimme erwiderte sie: „Ich werde Ihnen eine ergebene und treue Frau sein, Herr von Sternau! Aber Sie dürfen sich nicht wundern, wenn ich anfangs traurig und wortkarg bin! Ich war so gar nicht darauf vorbereitet, Ihre Aufmerksamkeit erregt zu haben — Ihre Werbung überrascht mich! Später, wenn wir uns erst besser kennen werden, dann — Sie müssen mir verzeihen! Ich habe so viel Kummer, so große Unruhen gehabt!“

Er ließ sie nicht vollenden. „Ich liebe Sie so sehr, Carmen! Und es wird mir gelingen, mir Ihre Meinung zu gewinnen!“ stammelte er, ihre Hand mit seinen Klüffen bedeckend. „Ich bin sicher, der Tag kommt, an welchem auch Sie mich lieben werden!“

Sie entzog ihm ihre Hand, zitternd, langsam. Es war am Abend, als sie wieder im Wohnzimmer versammelt waren, die drei, während Manuela nach wie vor im Bett lag, in Erwartung des Arztes, den Frau Fischer zu holen gegangen war.

Der hiedere Bassewitz hatte seine Börse in liberalster Weise geöffnet, ohne zu zählen, ohne zu sparen. Die Hauswirtin hatte auf sein Geheiß eingekauft, aber in welchem Umfange! Sie konnte kaum alles schleppen, was sie hatte besorgen müssen — alle diese Schwären, Weine, Heilmittel, Delikatessen, Blumen! Denn Sternau hatte natürlich auch und zwar in erster Linie an Blumen gedacht!

Man sprach von ersten Dingen. „Ich kam beim Polizeipräsidenten vorbei“, berichtete Bassewitz, „und konnte es mir nicht versagen, in diesem vorzusprechen. Der Präsident empfing mich natürlich. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen“, sagte ich ihm, „daß Fräulein Carmen de Ribas morgen den Ehekontrakt mit Herrn Baron Hugo von Sternau, dem Sohne des Majors von Sternau in Breslau, Ritter hoher Orden, unterzeichnen wird! Das ist unsere Antwort auf die nichtswürdigen Verleumdungen und Beleidigungen, mit denen man Frau de Ribas und Tochter, sowie auch mich und meinen Neffen bedacht hat!“

„Das war eine kategorische Antwort!“ rief Sternau. „Und was sagte er dazu?“

Krach um den Himalaja-Flug

Seltene Beschuldigung gegen die Expedition. — Die Everest-Bilder sollen falsch gewesen sein.

In London wird die Rückkehr der Flugexpedition Gousson, deren Himalaja-Flug in der ganzen Welt das größte Interesse erweckt hat, mit Ungebulde erwartet. Was, zahlreichen anderen Expeditionen, die den Everest, den höchsten Berg der Welt erkletterten wollten, trotz wiederholten angestrengtesten Versuchen nicht gelungen war, das vollbrachte Anfang des vorigen Monats diese von Gousson geführte Flug-Expedition. Das Himalaja-Gebirge wurde überflogen; zum erstenmal konnten Aufnahmen der gewaltigen Bergketten und des riesigen Everest gemacht werden. Aber diesmal ist die Begeisterung der sonst für jede große sportliche Leistung stark empfänglichen Londoner gedämpft.

Denn sofort nach Bekanntwerden der zahlreichen Bilder, auf denen das Himalaja-Gebirge und der Everest zu sehen sind, wurden Zweifel an der Richtigkeit dieser Aufnahmen laut.

Man betonte zwar, daß keine Urspalte vorhanden sei, an der Talschlucht des Fluges zu zweifeln, daß aber die Bilder, und ganz besonders die vom Everest, falsch seien.

Die Aufnahmen sind unter besonders schwierigen Verhältnissen aufgenommen worden. Sauerstoffapparate sorgten während des Fluges dafür, daß die Teilnehmer ihre Beobachtungen ungehindert machen konnten; durch einen Defekt verlor aber der Fotograf das Bewußtsein, als die Sauerstoffzufuhr plötzlich aussetzte. Es ist möglich, daß dies einer der Gründe für die falsche Bezeichnung der Aufnahmen gewesen sei. In wissenschaftlichen Kreisen und geographischen Zirkeln von England wurden die Bilder der Expedition geprüft, wobei sich herausstellte,

Der alte Herr schmunzelte geheimnisvoll. „Ich habe jetzt keine Angst mehr vor dem, dessen Angriffe mich bis vor kurzem noch in Schrecken versetzten.“

„Sie meinen, daß Freiherr von Berfen —?“ forschte Carmen furchtlos, ohne jedoch zu vollenden.

„Lieberes Kind, was kann der uns jetzt noch anhaben?“ lächelte Bassewitz mitleidig. „Jetzt, da Sie im Begriff sind, sich mit dem Baron von Sternau zu vermählen, dessen Familie älter und berühmter als die seine ist, soll er es noch einmal wagen, zu behaupten, daß Sie seinen Sohn an sich loden — mit langer Nase muß er abziehen! Der ist abgetan! Sprechen wir von etwas anderem!“

„Und den Kontrakt, Dankel?“ fragte Sternau. „Ja, mein Junge!“ meinte der Alte halb fragend. „Erinnerst du dich dessen, was ich dir gesagt habe, Dankel?“

Der Baron lachte auf. „Seit du verliebt bist, hast du mancherlei gesagt! Was meinst du in diesem Fall?“

„Ich wünsche, daß meine geliebte Gattin Mitbesthlerin meines gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögens wird!“

„Das ist zuviel — das kann ich nicht annehmen!“ rief Carmen erötend.

„Ich bitte Sie“, sagte Sternau sanft, „wir werden künftig Freud und Leid miteinander teilen, weshalb also nicht auch das Vermögen? Und man kann nie wissen — wenn das Geschick es will — ich kann frühzeitig abberufen werden, dann ständen Sie wieder verlassen da! Bei der großen Liebe, die ich für Sie im Herzen tragen, ist es meine heilige Pflicht, von vornherein für Sie zu sorgen!“

„Aber Sie haben einen Vater! Dessen Ansicht müssen Sie doch erst hören!“ wandte das junge Mädchen ein.

„Mein Vater würde es mir nie verzeihen, wenn ich anders handelte! Also es bleibt dabei, Dankel, Carmen wird Mitbesthlerin meines Vermögens!“

„Wie du willst, mein Junge! Sagen wir einfach in dem Ehekontrakt: Zwischen Mann und Frau herrscht vollständige Gütergemeinschaft — das ist das Beste! Im Falle des Ablebens des einen Teils erbt der andere den gesamten Nachlaß! Doch“, fügte er, sich unterbrechend, hinzu, „es ist höchlich nicht wahr, lieberes Kind, daß wir von diesen Dingen sprechen?“

„Herr von Sternau ist so großmütig, daß ich ihm die höchste Dankbarkeit schulde!“ murmelte Carmen.

„Se mehr Sie ihn kennenlernen, desto mehr werden Sie ihn auch schätzen lernen!“ erklärte Bassewitz mit wichtiger Miene. „Wir werden also sagen: Für den Fall ihres etwaigen Todes seien die Ehegatten sich gegenseitig und von Stunde ab zu Erben alles dessen ein, was ihnen gehört und worüber sie gesetzlich verfügen können! Ist dir das in dieser Fassung so recht, mein Junge?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Katastrophe von Martinique

Der Untergang von St. Pierre. — Als 30 000 Menschen in drei Minuten umkamen.

Der Tag, an dem vor 30 Jahren die Stadt St. Pierre auf der Insel Martinique (Franz. Antillen) mit samt ihren rund 30 000 Einwohnern spurlos vom Erdboden verschwand, ist hier durch eine imposante Trauerfeier begangen worden. Sämtliche amerikanischen Republiken und der Präsident des französischen Mutterlandes richteten an den Bürgermeister von Fort de France, Hauptstadt von Martinique, Beileidstelegramme.

Die Katastrophe von Martinique, eine der furchterlichsten, die die Geschichte aufweist, mußte seinerzeit um so tragischer wirken, als die Einwohner der Stadt bereits seit vielen Jahren

die drohende Gefahr vorausgesehen und in händer Angst und in Schrecken gelebt hatten.

Ueber der Stadt erhob sich der 1355 Meter hohe Mont Pelée, ein noch tätiger Vulkan, dessen Colleen Tag und Nacht zu hören war. Von Zeit zu Zeit waren Erdstöße verspürt und fast jede Woche einmal kam es zu einem regelrechten Ausbruch des Vulkans, der mit Schwefelrauch und Aschereggen die Straßen und Häuser der Stadt St. Pierre füllte.

Ein „Kunstschiefer“ fordert 30 000 Tote.

Der Magistrat von St. Pierre wandte sich zu wiederholten Malen an die Pariser Behörden und bat um die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung des Küstengebietes auf Erdbebengefahr. Alle diese Kommissionen stellten fest, daß die Insel Martinique wohl vulkanischer Boden, daß aber eine unmittelbare Gefahr zunächst nicht vorhanden sei. Vorsichtsmaßnahmen wurden infolgedessen nicht getroffen, und als die Katastrophe dann eintrat, traf sie die ganze Stadt vollkommen unvorbereitet.

Man erhob darauf gegen die Expedition den schwerwiegenden Vorwurf, daß sie die Aufnahmen mit ungenügender Sorgfalt durchgeführt habe. Oberstleutnant Kenneth Mason, Professor der Geographie in Oxford und früherer Leiter des Vermessungsamtes in Indien, erklärte, daß von den ihm vorgelegten Bildern einige enfiere den Everest im Hintergrund zeigten; dagegen dürfe der auf Aufnahmen als Everest bezeichnete Berg ein ganz anderer sein, wahrscheinlich ein viel niedrigerer Berg, der höchstens 5000 Meter erreicht.

Es wird allgemein behauptet, daß die Flug-Expedition statt des Mount Everest den nur 4270 Meter hohen Berg Rakalu fotografiert habe.

Dieser Berg ist etwa 18 Kilometer vom Everest entfernt.

Im Zusammenhang damit wird berichtet, daß die Expedition selbst den Irrtum bemerkt habe, denn sie habe nach Beendigung ihrer Arbeit ganz unerwartet einen zweiten Flug über den Everest unternommen. Von diesem Flug konnte man bis heute nichts Näheres erfahren. Schon jetzt wird in wissenschaftlichen Kreisen verlangt, daß für den Fall der Richtigkeit dieser Behauptungen noch ein Flug unternommen werden müßte, damit eine Nachprüfung der Expeditions-Ergebnisse erfolgen könne.

Wie sich die Tragödie in St. Pierre selbst abgespielt hat, weiß man nicht und wird es auch niemals erfahren, da kein einziger Einwohner der Stadt am Leben blieb. In der fünfzig Kilometer von St. Pierre entfernt liegenden Festungsstadt Fort de France spürte man am Katastrophentage, dem 8. Mai 1902, um 9 Uhr 5 Minuten vormittags zwölf heftige Erdstöße und hörte gleichzeitig donnerartige Geräusche. Der Mont-Pelée sah aus, als stünde er in Flammen. Der ganze Berg pie brennende Lava aus und die Sonne verfinsterte sich. Vom Rathaus in Fort de France verfuhr man, St. Pierre telefonisch anzurufen, jedoch vergeblich, die Verbindung war gestört. Drei Minuten später war alles über, der Ausbruch des Mont Pelée hatte aufgehört, es wurde wieder hell und bei strahlender Sonne bestiegen die Umstehenden von Fort de France zwei Wagen, um nach St. Pierre zu fahren.

Die Stadt vom Erdboden verschwunden.

In der Nähe von St. Pierre angelangt, bot sich den Insassen der beiden Wagen ein furchtbarer Anblick. Von der Stadt war nichts mehr zu sehen. Das ganze Gebiet, von einst St. Pierre mit seinen Häusern, Kolonnen, seinen fünf Kirchen und zahlreichen öffentlichen Gebäuden gestanden hatte, war vom Meerwasser überflutet. Das Terrain zeigte bis zu fünfzehn Kilometern mächtige Risse, die oft eine Länge von mehreren Kilometern und eine Breite von 50 bis 100 Metern betrugten. Hunderte springbrunnennartige Wasserfälle stiegen aus dem Boden auf. Weit und breit kein Lebewesen, nicht einmal Reichen.

Die blühende Stadt St. Pierre wurde in unterhalb von drei Minuten mit allen ihren Einwohnern, dem ältesten Greis bis zum jüngsten Säugling, von der Erde vom Meere verschlungen.

HANDEL·WIRTSCHAFT·VERKEHR

Verschärfung der Devisenüberwachungsbestimmungen

Kontrolle des Postverkehrs

In letzter Zeit haben die Versuche zugenommen, Zahlungsmittel, Wertpapiere, Gold und Edelmetalle ohne die hierzu erforderlichen Genehmigungen der Devisenbewirtschaftungsstelle ins Ausland oder ins Saargebiet zu überbringen oder zu senden. Es sind deshalb verschärfte Überwachungsbestimmungen angeordnet worden. Sowohl die Reisenden selbst und das von ihnen mitgeführte Gepäck, als auch alle ins Ausland aufgegebenen Sendungen im Eisenbahn-, Schiffs-, Luft- und Postverkehr werden einer strengen Kontrolle unterworfen, die sich auf Sendungen aller Art, Briefe, Pakete, Reisegepäck, Frachtgut, Expressgut, Stückgut, Umzugsgut usw. erstreckt. Die Kontrollen finden entweder bei der Auslieferung der Sendungen oder während ihrer Beförderungen statt. Die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen sind in einer Durchführungsverordnung zur Devisenordnung enthalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die Auslieferung von Zahlungsmitteln, Wertpapieren, Gold oder Edelmetallen zur Beförderung nach dem Ausland oder Saargebiet im Post- oder Eisenbahnverkehr ohne die erforderliche Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen, sondern auch schon die wahrheitswidrige Beantwortung der Frage, ob sich in Post- oder Eisenbahnsendungen derartige Gegenstände befinden, als Versuch eines Devisenvergehens anzusehen ist. Devisenvergehen werden nach den Strafbestimmungen der Devisenverordnung ausser mit hohen Geldstrafen mit Gefängnis und unter Umständen sogar mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren geahndet.

Vollzug der Realsteuersperrverordnung 1933

Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1932 Grund- und Gewerbesteuer überhaupt nicht erhoben haben, oder Gemeinden, deren tatsächlich zur Erhebung kommende Steuersätze für das Rechnungsjahr 1932 für die Grund- und Gewerbesteuer allgemein oder für einzelne Steuergruppen (§ 7 Absatz 1 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes) niedriger waren, als der Landesdurchschnitt der Gemeindesteuersätze (§ 3), dürfen auf Grund des § 6 der Realsteuersperrverordnung für das Rechnungsjahr 1933 die Steuersätze bis zur Höhe dieses Landesdurchschnittssatzes festsetzen.

Solange in den unter Absatz 1 fallenden Gemeinden die Steuersätze nicht höher festgesetzt werden als 175 Hundertteile der gesetzlichen Steuergrundbeträge, findet die Vorschrift des § 58 a, Absatz 3, Schlussatz des Grund- und Gewerbesteuergesetzes Anwendung.

Steuererhöhungen unterliegen der Genehmigung durch die Staatsaufsichtsbehörden; die Genehmigung bleibt jedoch dem Minister des Innern im Benehmen mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium vorbehalten, wenn die festgesetzten Steuersätze in einer oder mehreren Steuergruppen den Landesdurchschnitt übersteigen, oder die Steuererhöhung mit Umlegung von Gemeindegebühren auf die Mieter gemäß Ziffer 5 der Verordnung des Ministers des Innern über die Festsetzung der gesetzlichen Miete in der Fassung vom 10. Februar 1931 zur Folge hätte.

Ist in einer Gemeinde der Haushalt trotz äußerster Beschränkung der Ausgaben und trotz Ausnutzung der gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuern, darunter der Bürgersteuer, für das Kalenderjahr 1933 mit mindestens 700 v. H. des Landesatzes, nicht ausgleichbar, so kann in dieser Gemeinde die weitere Erhöhung der Realsteuersätze auf höchstens sechs Fünftel des Landesdurchschnitts durch Genehmigung des Ministers des Innern im Benehmen mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium zugelassen werden.

Als Landesdurchschnitt der Gemeindesteuersätze gelten die in § 1 der Verordnung über den Landesdurchschnitt der Gemeindegrund- und Gemeindegewerbesteuer vom 20. März 1931 festgesetzten Hundertteile der gesetzlichen Steuergrundbeträge. Der Landesdurchschnitt beträgt hiernach beim Grundvermögen 225 Hundertteile = 90 Rpf., beim Betriebsvermögen 210 Hundertteile = 84 Rpf., beim Gewerbetrag 176 Hundertteile = 69 Rpf. von je 100 RM. Steuerwert oder Gewerbetrag.

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1933 in Kraft.

Maschinenindustrie im April

Zunahme der Inlandsaufträge — Weiterer Rückgang der Auslandsaufträge

Vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten wird uns geschrieben: Die regere Anfragesituation der Inlandskundschaft hielt im April an und führte auch zu einer deutlichen Vermehrung der Inlandsaufträge. Dagegen hat sich das Auslandsgeschäft im April weiter verschlechtert. Auch der seit Anfang des Jahres zu beobachtende Rückgang der Auslandsaufträge hat sich im Berichtsmonat fortgesetzt. Des Öfteren kam es zu Annullierungen bereits erteilter Auslandsaufträge. Die beginnende Belebung des Inlandsgeschäftes ermöglichte den Betrieben zum Teil eine Heraussetzung der stark gekürzten Arbeitszeit, so dass jetzt durchschnittlich wieder etwa 40 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Trotz dieser Belebung beträgt aber der Beschäftigungsgrad der Maschinenindustrie noch immer erst 82 Proz. Nachdem jetzt seit mehr als einhalb Jahren die Beschäftigung der Maschinenindustrie nur ein Drittel der Normalbeschäftigung und darunter beträgt, sind dringende Massnahmen erforderlich, um eine durchgreifende Besserung der Lage dieses grossen Industriezweiges herbeizuführen, der für die Erhaltung der Produktivkraft der gesamten nationalen Wirtschaft von grundlegender Bedeutung ist.

Tagung

der badischen Mittel- und Kleinbrauereien

In Mannheim-Seckenheim eröffnete der Präsident des Bundes Badischer Mittel- und Kleinbrauereien, Ketterer, die diesjährige 28. Jahreshauptversammlung. Nach den Begrüssungsworten des Vertreters der Stadt Mannheim, ergriff Schmidt-Leutnerhausen das Wort. Eine besonders bedeutsame Pflichtarbeit habe das mittelständische Klein- und Mittelbrauereigewerbe zu leisten, denn die Brauindustrie als solche ist die Veredlungsindustrie der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Gerste und Hopfen. Die Landwirtschaft werde es sich angelegen sein lassen, nur solche Produkte auf den Markt zu bringen, welche den Ansprüchen der Industrie genügen, denn aus deutschem Produkt müsse deutsches Bier hergestellt werden. Auch er sei dafür, dass die überhöhte Biersteuer auf ein gerechtes Mass herabgesetzt werde. Präsident Ketterer führte aus, die deutsche Brauindustrie, die Grossabnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist, könne an dem Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft mitarbeiten. Ein dreifaches Sieg Heil schloss die Rede. Dem Vorsitzenden und dem Kassier wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes stand unter der Forderung der Gleichschaltung. Einstimmig gewählt wurden zum 1. Präsidenten Ketterer, zum 2. Präsidenten Hirsch-

Die badische Rheinschifffahrt

Der Fendelkonzern legt soeben den für alle drei Gesellschaften — Rheinschiffahrts-A.G. vorm. Fendel, Badische A.G. für Rheinschifffahrt und Seetransport und Mannheimer Lagerhausgesellschaft — gleichlautenden Jahresbericht für 1932 vor. Ueber die allgemeine Lage der Rheinschifffahrt wird konstatiert, dass irgendwelche Besserung nicht eintrat, das Transportgut verminderte sich weiter, die Beschäftigung der Schifffahrt sank entsprechend. Eine Erleichterung trat insoweit ein, als die untragbar gewordenen Löhne etwas näher an die bei den ausländischen Reedereien und den Einzelschiffen bezahlten Löhne herabgebracht wurden. Dadurch und durch schärfste Einsparungen personeller und sachlicher Art konnten Verlustabschlüsse vermieden werden.

Der Kampf der einzelnen Verkehrsmittel ging immer weiter, obwohl man bei der grossen Vormachtstellung der Reichsbahn annehmen sollte, dass gerade sie die Verständigung mit den übrigen Verkehrsmitteln in die Hand zu nehmen hätte. In immer verhängnisvoller Weise wirkte sich der Exportrückgang in den Ausfuhrartikeln aus, bei den Einfuhrartikeln wurden schwerste Verluste der Rheinschifffahrt durch den Ausfall der grossen Erz- und Getreidemengen zugefügt. Unter diesen Verhältnissen haben sich immer lauter die Rufe nach Staatshilfe erhoben.

Der Frachtenmarkt erfuhr während des ganzen Jahres keine Belebung, auch nicht in den Zeiten des rückläufigen Wassers und der Schiffsfahrtsstörungen. Im Massengutverkehr wirkte sich der gering werdende Verkehr an Kohle immer fühlbarer aus. Hier trat speziell im Oberrheingebiet die feindselige Einstellung der Reichsbahn in Erscheinung. Im Getreideverkehr muss sich die Rheinschifffahrt, abgesehen von nach der Schweiz gehenden Transporten, fast nur auf das deutsche Getreide, das von der Ostsee und über die Elbe nach den rheinischen Märkten gelangt, be-

schranken. Das Stückgutgeschäft litt ausserordentlich unter dem Frachtenrückgang. Das Schleppgeschäft war das ganze Jahr hindurch flau, Schleppboote mussten in erheblichem Umfange wiederholt stillgelegt werden.

Der Lagerei- und Umschlagsbetrieb konnte keine nennenswerten Gewinne aufweisen, immerhin hielt sich dieser Beschäftigungszweig noch relativ am besten. Am schlimmsten drückte sich der Gütermangel in Mannheim-Ludwigshafen aus, auch am Niederrhein, speziell an der Ruhr, konnten die grossen Konzernanlagen nur zum geringen Teil beschäftigt werden. Die Speditionsorganisation konnte noch im grossen Ganzen befriedigen, sie trug in erster Linie zu dem Bilanzergebnis bei. Geklagt wird hier über den Schenkervertrag und seine Auswirkungen.

Im laufenden Jahre habe sich die Lage im Verkehrsgewerbe nicht gebessert. Durch das Ueberangebot an Schiffsraum konnte von einem Ansteigen der Frachten selbst beim niederen Wasserstand keine Rede sein. Mehrere Rheinreedereien haben einen Grossteil ihres Schiffsparks in Rheinkähnen und Schleppdampfern mangels Beschäftigung aufgelegt. Das Lagergeschäft hat sich etwas belebt.

Bei der Rheinschiffahrts A.G. vorm. Fendel werden aus einem Reingewinn von 102 007 (im Vorjahr 170 394) RM. wieder 3 Proz. Dividende gezahlt. — Die Badische A.G. für Rheinschifffahrt und Seetransport erzielte 195 894 (185 374) RM., woraus ebenfalls wieder 3 Proz. Dividende gezahlt werden. — Die Mannheimer Lagerhausgesellschaft zahlt aus 190 223 (181 976) RM. Reingewinn wieder 3 Proz. Dividende.

Erhöhte Gewinne des Allianzkonzerns

Das Spitzenunternehmen des Konzerns, die Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G. hatte im Jahr 1932 156.81 Mill. Prämieinnahmen erzielt gegen 181.97 Mill. im Jahre 1931. Dieser Rückgang hatte naturgemäss prozentuale Steigerung des Verwaltungskostensatzes zur Folge, die aber in Kauf genommen werden konnte, da der Schadenverlauf im ganzen günstig war. Auch wollte die Gesellschaft in den Zeiten grosser Arbeitslosigkeit einen Abbau von Arbeitskräften tunlichst vermeiden. Im übrigen wird zum Beweis dafür, dass die Verminderung der Prämieinnahmen in erster Linie auf die erhöhte Kaufkraft unserer Währung zurückzuführen ist, die Zahl der Versicherungsverträge angeführt, die sich nur von 4.89 auf 4.82 Mill. Stück verringerte. Der Prämienausfall von 13.9 Proz. gegenüber 1931 und 20.9 Proz. gegenüber 1930 wurde mehr als ausgeglichen dadurch, dass sich die Schadenzahlungen auf 78.6 (94.8) Mill. RM. brutto und auf 49.9 (58.6) Mill. RM. netto verminderten. Verglichen mit 1930 sind die Versicherungsleistungen, da sie damals brutto 103 und netto 65 Mill. RM. betrugen, um 25 Proz. gefallen. Dieses befriedigende technische Ergebnis wird zu einem, wenn auch bescheidenen Teil, mit der gewinnbringenden Abwicklung von Schadenreserven als Folge verringerten Geschäftsumfanges erklärt, zum Teil mit der in Zeiten andauernder Krise relativ niedrig werdenden Schadenhäufigkeit. — Der Reingewinn hat sich sogar erhöht von 5.65 auf 6.49 Mill.; es werden daraus wieder 12 Proz. Dividende gezahlt.

Das Ziffernwerk der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank spiegelt zunächst die Wirtschaftsentwicklung in der erstmaligen Abnahme des Bestandes wider. Dieser ist allerdings mit 8.14 (8.28) Mrd. RM. Versicherungssumme noch immer ein deutlicher Ausdruck der Grösse des Unternehmens. Das Neugeschäft hat auch in 1932 nicht aufgehört, vielmehr konnte immerhin noch ein Bruttuzugang von 284.91 Mill. RM. freilich gegenüber 426.62 Mill. RM. im Vorjahr, erzielt werden. Andererseits sind aber die Abgänge auf 426.54 (387.96) Mill. RM. gestiegen, wovon allein 135.31 (97.86) Mill. RM. auf Rückkäufe, 128.07 (117.64) Mill. RM. auf Verfall und Verzicht, sowie 94.60 (46.69) Mill. RM. auf Herabsetzungen und Umwandlungen entfallen. Diese Ziffern sprechen mit aller Deutlichkeit von der zunehmenden Notlage weiter Bevölkerungskreise. Die Prämieinnahmen betragen 187.25 Mill. gegen 149.92 Mill. im Vorjahr, der Reingewinn stellt sich auf 82.8 (i. V. 81.8) Mill. Es fliessen daraus 29.6 (28.9) Mill. an die Versicherten und 0.98 (0.84) Mill. an die Aktionäre in Gestalt von wieder 14 Proz. Dividende.

Eine neue Damenhut-Konvention. Zwischen dem Zentralverband der Hutfabrikanten Deutschlands e. V. einerseits und den Damenhut-Grossisten und dem Putz-Einzelhandel andererseits schweben, wie die „Textil-Woche“ erfährt, seit geraumer Zeit Verhandlungen, die den Abschluss einer neuen Damenhut-Konvention zum Ziele haben. Die Verhandlungen sind laut „Textil-Woche“ bereits soweit gediehen, dass eine Mindestpreisliste vorbereitet ist, die die Preisunterschiede zwischen Großbetrieben des Einzelhandels und den mittelständischen Abnehmern der Hutfabrikanten beseitigt. Es wird von nun ab nur noch zu diesen Mindestpreisen verkauft werden, wobei der Einzelhandel auch bei direktem Bezug einen Großhandelsrabatt zahlen muß. Die Höhe dieses Rabattes, der ursprünglich 30 Prozent betragen sollte, steht noch nicht fest, jedoch ist beabsichtigt, auf den Grundpreis beim direkten Bezug 50 Pfg. pro Hut aufzuschlagen. Soweit die Einzelhändler direkt beim Fabrikanten kaufen, erhalten sie gegen die Verpflichtung, nicht bei Verbandsaußenleistern zu kaufen, einen nach der Umsatzhöhe gestaffelten Treuerabatt, der zwischen 3 und 5 Prozent beträgt.

Zunehmende Güterwagengestellung

In der Woche vom 23. April bis 29. April (6 Arbeitstage) sind bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft 619 147 Güterwagen gestellt worden gegen 509 815 in der Vorwoche (5 Arbeitstage) und 578 682 in der entsprechenden Woche des Vorjahres (6 Arbeitstage). Für den Arbeitstag im Durchschnitt berechnet lauten die entsprechenden Zahlen 103 191, 101 963, 96 447. Nicht rechtzeitig gestellt wurden 100 (106) Güterwagen.

Aufträge für die Gaggenuer Industrie. Die Daimler-Benz-A.G., Gaggenau, hat 20 Fahrzeugdieselmotoren 135/150 PS für die neuen Eindeck-Omnibusse der Berliner Verkehrsgesellschaft in Auftrag erhalten.

Börse

Die Börse zur Kanzlerrede

Berlin, 18. Mai. Die Börse stand vollkommen im Zeichen der gestrigen Kanzlerrede. Der günstige Eindruck in der Welt und die Entspannung, die durch sie zweifellos in der Außenpolitik entstanden ist, hatten schon in den heutigen Vormittagsstunden bei den Banken zu einer lebhafteren Anfragesitigkeit der Kundschaft geführt. Allerdings trafen neue

Kaufordres nur langsam ein, sie bevorzugten zunächst den Rentenmarkt. Dadurch wurde es zu Börsenbeginn rein kursmässig etwas uneinheitlich, obwohl allgemein ein durchaus freundlicher Grundton vorherrschte. Die Spekulation, die in Erwartung neuer Kundenaufträge gestern Ware vorgekauft hatte, gab diese wieder ab, obwohl aus der Wirtschaft einige recht günstige Momente vorlagen. Die Maschinenindustrie berichtet über Vermehrung der Inlandsaufträge, der Stahlverein hat Neueinstellungen vorgenommen und die Schwerindustrie setzt ihre Investitionsaufträge (Rhein Stahl, Krupp usw.) fort.

Am Montanmarkt waren die Kursabweichungen zu gestern mittag daher auch nicht gross und gingen nur vereinzelt über 1 Proz. hinaus. Von Werten der Braunkohlenindustrie, die sich als besonders krisenfest erwiesen hat, lagen Ilse mit plus 1 1/4 Proz. und Rhein. Braunkohlen mit plus 2.5 Proz. bemerkenswert fest. Auch nach den ersten Kursen war die Tendenz uneinheitlich. Vorübergehend wurde es, von Farben ausgehend, etwas fester, doch wirkte der geringe Geschäftsumfang immer wieder tendenzmindernd.

Am Anlagemarkt war die Stimmung dagegen, unter dem Eindruck der festen Werte im Ausland, einheitlicher. Deutsche Anleihen konnten sich bis zu 1 Proz. bessern, auch Industrieobligationen waren meist höher, Dollarbonds lagen sogar recht fest, dagegen waren Reichsschuldbuchforderungen nur gut behauptet. Am Markt der Auslandsrenten traten keine grösseren Veränderungen ein.

Später machte sich stärkeres Angebot in den Aktien der Berlin-Karlsruher Industrie bemerkbar. Sie büssten im Verlauf erneut 2.5 Proz. ein. Die übrige Börse wurde von dieser Sonderbewegung aber nicht beeinflusst und zeigte unter kleinen Schwankungen widerstandsfähige Haltung.

Warenmärkte

Berliner Metallbörse vom 18. Mai. Elektrolytkupfer 58.75, Raffinadekupfer 58.50—54.50, Standardkupfer 52.50—52.75, Standardblei per Mai 17.25—18, Original-Hüttenaluminium in Blöcken 160, in Walz- oder Drahtbarren 164, Banca-, Straits-, Australzinn 294, Reinnickel 830, Antimon-Regulus 39—41, Silber 99.75—42.75.

Berliner Produktenbörse vom 18. Mai. Weizen märk. 198—200, Mai 218, Juli 215.50—215.75, Roggen märk. 164 bis 166, Mai 169—169.75, Juli 168.75—169.50, Futter- und Industriegerste 168—176, Hafer märk. 180—140, Mai 148, Juli 149.25, Weizenmehl 23.50—27.75, Roggenmehl 21.25—23.15, Weizenkleie 8.90—9, Roggenkleie 9—9.20, Viktoriaerbsen 21—26, kleine Speiserbsen 19—21, Futtererbsen 18—16, Peluschkern 12.25—14, Ackerbohnen 12—14, Wicken 12—14, Lupinen, blaue 9.90—10, gelbe 11.90—12.75, Seradella, neue 16.50—18, Leinkuchen 10.80, Erdnusskuchen 10.80, Erdnusskuchennmehl 11.40, extrahiertes Sojabohnenschrot ab Hamburg 9.20, ab Stettin 10.10 alles exkl. Monopolabgabe, Trockenschrot 8.60, Kartoffelflocken 13.10.

Mannheimer Produktenbörse vom 18. Mai. Weizen inl. 21.85—22, Eosiuweizen 15.75, Roggen inl. 17.50—17.75, Hafer inl. 15.25—15.75, Sommergerste inl. 19—19.50, Futtergerste 17.80, La-Plata-Mais 20.50, Soyaeschrot prompt 10—10.50, Juli-Aug. 9.75, Biertreber 11.75—12, Trockenschrot lose 7.75, Kokoskuchen 11.25—11.50, Sesamkuchen 11.60—11.75, Wiesenheu 4.80—5.10, Rotkleheu 4.90—5.30, Luzernkleheu 6—6.50, Presstroh Roggen-Weizen 2.80—3, Hafer-Gerste 2.40—2.80, geb. Stroh, Roggen-Weizen 2.70—2.90, Hafer-Gerste 2.30—2.50, Weizenmehl, Spez. 0, mit Austauschweizen 81.50, Roggenmehl, nordd. 23—24, südd. u. pfälz. 24—25.25, Weizenkleie 7.75—7.85, Erdnusskuchen prompt 11.50—11.60, Juli-Aug. 11.25—11.40, Südd. Weizen-Auszugsmehl 8 RM. höher, Weizen-Brotmehl 8 RM. niedriger als Spezial 0. Tendenz: stetig. Die Forderungen für inl. Weizen sind unverändert, während ausländisches Offertenmaterial im Preise höher gehalten ist. Die Stimmung ist indes ruhig bei weiterer Zurückhaltung der Käufer.

Berliner Devisennotierungen

Geldkurse

festgestellt von der Berliner Bedingungs-gemeinschaft zusammen mit der Reichsbank.

	18. 5.	17. 5.	18. 5.	17. 5.
Buenos-Aires	0 883	0 853	Italien	21 26
Kanada	2 157	3 147	Jugoslawien	5 185
Japan	0 285	0 289	Kansas	42 26
Kairo	14 595	14 505	Kopenhagen	83 39
Konstantinopel	2 038	2 038	Lissabon	12 84
London	14 915	14 125	Oslo	72 13
New York	3 522	3 525	Paris	18 53
Rio de Janeiro	0 239	0 239	Prag	12 89
Uruguay	1 648	1 648	Reykjavik	63 94
Amsterdam	168 23	168 28	Riga	75 16
Athen	2 458	2 458	Schweden	81 07
Brüssel	58 54	58 54	Sofia	3 047
Bukarest	2 488	2 488	Spanien	36 86
Budapest	82 27	82 27	Stockholm	79 83
Danzig	6 284	6 274	Tallinn	119 39
Helsingfors			Wien	48 45

Schuhe



- Herren-Halbschuhe** schwarz und braun, moderne schlanke Formen . . . **6.75**
- Herren-Halbschuhe** feine Rahmenarbeit, Boxcall und Lackleder . . . **8.75**
- Herren-Sportstiefel** schwarz u. braun, Rindbox, Zwischensch., wasser-dichtes Futter . . . **6.75**
- Opanken** in vielen schönen Farben . . . **5.90, 4.75 3.90**
- Damen-Spangenschuhe** schwarz u. braun Boxc. m. Klein-Verzierung. **5.90 4.75**
- Echt Chevreaux** Damen-Pumps und Spangen, elegante Neuheiten, L. XV. oder Trotteurabätze . . . **6.75**
- Kinder-Schuhe** unsortiert, auf Tischen, zum Ausschütten . . . **1.75 2.45 2.75-3.25**
- Kinder-Halbschuhe** Lack und farbig, breite bequeme Formen **3.75 4.50**

KNOPF

Zurück!
Dr. Kunz
Frauenarzt
Kriegsstraße 67

Samliche Farben, Lacke
gebrauchsfertig für den Selbstanstrich gut und billig im **Farbenhaus HANSA** beim Waldstr. 15 Colosseum

Werbe-Drucksachen liefert **Badenia in Karlsruhe** A.-G. für Verlag und Druckerei

Neue Zufuhren

Orangen

3 Pfd. **45** u. **50** Pf.
Die Orangen sind dieses Jahr besonders aromatisch u. preiswert

Zitronen

10 Stück **28, 35, 45** Pf.

Frischer Kopfsalat

Die ersten neuen

Kartoffeln

3 Pfund **40** Pf.

Die Fettscheine

Reichverbilligungsscheine werden ab jetzt bei uns eingelöst . . . und **5%** Rabatt

Pfañkuch

Danksagung.

Für die uns in so reichem Maße entgegengebrachte Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen

Bertold

sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus. Besonderen Dank auch Herrn Stadtpfarrer **Fischer** für seine trostreichen Worte am Grabe-

Familie **Liebig-Morlock**

Trauer-Drucksachen

Sterbeandenken in jeder Ausführung liefert rasch und billig

Badenia in Karlsruhe

Akt.-Ges. für Verlag u. Druckerei

Bei der heute durch den Bürgerausfluß vorgenommenen Wahl des Oberbürgermeisters und des stellvertretenden Bürgermeisters wurden gewählt:

Herr **Wolff Friedrich Jäger** mit 46 Stimmen als Oberbürgermeister, Herr **Dr. Hermann Friedlein** mit 45 Stimmen als stellvertretender Bürgermeister.

Die Wahlverhandlungen liegen vom 19. bis 20. d. Mts. an während einer Woche (bis mit 25. d. Mts.) im Rathaus beim Vorstand der Hauptkommission (2. Stock, Zimmer Nr. 50) zu jedermanns Einsicht öffentlich auf. Innerhalb dieser Zeit können die Wähler vom Stadtrat und von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften bei mir oder beim Herrn Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden als Staatsanwaltschaftsbehörde schriftlich oder mündlich zur Berichtigung mit sofortiger Besoldung der Belegmittel angefordert werden.

Karlsruhe, den 18. Mai 1933.
Der kommissarische Oberbürgermeister.

STADTGARTEN

Sonntag, den 20. Mai, von 15¹⁴—18 Uhr:
Nachmittags-Konzert
Orchester: Kapelle **REBD**, Karlsruhe (Musikverein Karlsruhe).
Verbilligte Eintrittspreise.

Bad. Staatstheater
in Karlsruhe

Einladung zur

Platzmiete für 1933/34

Günstige finanzielle Bedingungen
Fester Platz
Teilnahme am Gesamtspielplan
Bevorzugung b. Sonderveranstaltungen

Bei Erneuerung der Platzmiete bis längstens 31. Mai 1933 wird je eine Freikarte für 1 Schauspiel — bzw. Opernvorstellung gewährt. Neuzugehende Platzmieter erhalten gleichfalls eine Vergünstigung. — Nähere Auskunft durch die Theaterkasse.

Geöffnet werktags von 9.30—13 Uhr und von 15.30—17 Uhr. Sonntags von 11—13 Uhr.

Hans Alberg spielt, tanzt und singt besser wie jemals — im:

Heut kommt's drauf an!
mit Luise Rainer, Oskar Karlweis, Baby Gray, Oskar Sims, Max Giltstorff.
Beginn 4.09 6.30 8.40 Uhr.

Die erfolgreichste Operette im Tonfilm:

Die Blume von Hawaii
mit Marta Eggerth, Ivan Petrovich, Ernst Verbeke, Hans Fiedler, Eugen Rex, Hans Junkermann, Baby Gray u.s.m.
Jugend verboten!
Anfangszeiten: 4.00 6.15 8.30 Uhr.

Karl L. Diehl — Brigitte Helm in

Spione am Werk
ein großangelegter Spionagefilm
Karl Ludwig Diehl ist am Freitag und Samstag in allen Vorstellungen persönlich anwesend und gibt Autogramme.
Ankunft am Bahnhof 9.45 Uhr.
Beginn: 4.00 6.20 8.40 Uhr.
Jugendliche verboten.

Werbt für die katholische Presse!

In jedem Fenster

1 PREIS

Wir bieten in jeder Preislage das Bestmögliche.

Prompter Versand nach auswärts.
Verkauf soweit Vorrat!

- Rein Agfa Travis** neue kleine Druckmuster, 78/80 cm breit, oder **1.45**
- Bemberg Chinette** aparte Blumenmuster mit pastellfarb. Grund, ca. 95 cm breit, Meter **1.45**
- Wollmussoline** weichfließende Qualität, schöne moderne Druckmuster, ca. 76/78 cm breit . . . Meter **1.55**
- Crêpe-Georgette-Druck** Kunstseide, ca. 96/98 cm breit, in farbeprächtigen Mustern, für das elegante Sommerkleid . . . Meter **2.90**
- Damen-Strümpfe** aus Bemberg Luxus, keine künstl. Seide, oder Bemberg matt oder künstliche Seide m. Flor hinterlegt, maschenreicher, alles gute, bewährte Qualitäten, 3 Paar 4.—, Paar **1.45**
- Schlupfhosen für Damen** 2 fädig, künstl. Seide, Charmeuse maschenreicher oder Bemberg Matassa, die feine weiche Mattqualität, richtige Paßformen, Größe 42—48, oder auch passende Hemdchen aus Bemberg Matassa . . . **1.45**
- Sporthemd für Herren** „Standard“ mit festem Kragen, gute Kripp- od. Popeline-Qualität, in blau, beige, grau und grün, garantiert waschecht, gut im Tragen oder Oberhemd mit 1 losen Kragen **2.95**
- Damen-Strohhüte** modische Formen, modische Geflechte, modische Farben, jugendliche und Frauenhüte, Kappen u. Randhüte in außerordentlich großer Auswahl . . . **5.90**
- Damen-Kleider** für den Nachmittag und solche sportlicher Art, aus einfarbigen und Druckstoffen, fescche Ausführungen **19.75**
- Damen-Mäntel** aus reinwollenen, einfarbigen u. gemusterten Fantasie-Stoffen, zum größten Teil auf Marocain gefüttert **26.75**
- Damen-Schuhe** modebraun Chev.-Spangenschuhe mit Eldecks oder Pumps mit limit. Eldecks, oder negebraun Chev. 3 Oesen-Schuhe mit Schlange, oder braun Boxc. Schnürschuhe, Spornst., mit Gummisohle, oder Herren-Halbschuhe, Lack oder schwarz u. braun Boxc., halbrunde u. breite Form, Orig. Goody, Welt, Paar **7.90**
- Handtaschen für Damen**, alle aus Leder, ca. 20 verschiedene, mod. Formen, in apart Modefarb. mit Innenbügel oder die bekannte Stadttasche, aus Vollrindleder mit Reißverschluß und gutem Moiréfutter, ca. 29 cm groß, jedes Stück **3.90**

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE